

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die siebenzeilige Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 65.

Freitag, den 18. März 1921.

28. Jahrgang.

Um Des Reiches Bestand.

Dr. L. Im Jahre 1848 hatte eine Bewegung ihren Höhepunkt erreicht, die Jahrzehnte hindurch das Herz eines jeden Deutschen höher schlagen lassen. Neben dem Studenten trat der Arbeiter auf die Barrikade, und der Fabrikant blieb nicht zurück. Alle kämpften für die Ideale einer großdeutschen Republik, Treue hatten sie geschworen der schwarz-rot-goldenen Fahne. Die Regierungen aber der deutschen Fürstentümer schickten ihre Bataillone vor gegen diese Republikaner und Revolutionäre. Wo hätte auch in einer deutschen Republik das halbe Hundert deutscher Herrscher samt ihren Hoffnungen ihr Brot verdienen sollen?

Bismarck machte all dem ein jähes Ende. Er setzte an Stelle des erstrebten großdeutschen Reiches das engere Preußen-Deutschland. Und nicht nur das gelang seiner Geschicklichkeit; er hatte auch den Erfolg, die Masse des deutschen Volkes davon zu überzeugen, daß sein Weg der richtige sei, und daß unsere österreichischen Stammesbrüder innerhalb unserer Grenzpfähle nichts zu suchen hätten. Was Bismarck unter Hintansetzung aller Zusammengehörigkeitsgefühle des deutschen Volkes aus dynastischen, innerpolitischen und religiösen Gründen — die Österreicher sind demokratisch und katholisch — erstrebte und zustande brachte, das wurde schließlich Allgemeingut des deutschen Volkes.

Damit war die Entwicklung ganz Mitteleuropas in unnatürliche Bahnen gedrängt. An Stelle des früheren deutschen Volksbewußtseins entwickelte sich etwas anderes: das Selbstbewußtsein und das Nationalgefühl der allmächtigen Preußen und als Gegenwirkung das der andern Stämme, besonders der Bayern.

Wohin dieser Weg uns geführt hat, besonders seitdem der närrische und einsichtslose letzte Kaiser lenkte, das liegt jetzt vor aller Augen. Wir stehen da, wo unsere Väter 1848 aufgehört haben. Nur daß dazwischen ein halbes Jahrhundert liegt, während dessen das ganze Bürgertum in einer wahnwitzigen Jagd nach Reichtum und Genuß alles das vergessen hat, was 1848 alle Herzen höher schlagen ließ, der Traum von einer großdeutschen Einheit und Freiheit. Damals erduldet der deutsche Patriot der schwarz-rot-goldenen Fahne zuliebe die ärgsten Verfolgungen, er ließ sich selbst einsperren; seine Kinder machen diese selbe Fahne heute lächerlich. Damals hing man mit jeder Feder seines Herzens an einem einzigen Groß-Deutschland, heute spielt man allüberall mit dem Gedanken einer Zerlegung des Reiches in einzelne Länder.

Ganz oben erwägt man in Bayern den Plan, mit Oesterreich ein katholisches Königreich zu bilden; führende Persönlichkeiten des Rheinlandes, hauptsächlich aus dem Merikanischen Hochadel, spielen mit dem Gedanken eines Rheinischen Staates unter offener oder heimlicher Anlehnung an Frankreich; und in altpreußischen Kreisen Ostpreußens denkt man mehr an den Bestand Preußens als an den Deutschlands. Alle diese Bestrebungen finden ihren Hauptwiderstand in der gesamtdeutschen Arbeiterbewegung, die alle Absplitterungsversuche hartnäckig bekämpft und damit die Hauptstütze der Reichseinheit ist.

Damit ist die Frage angeschnitten, was eigentlich die Triebkräfte sind, die große Teile des Bürgertums bewegen, für ein zerteiltes Deutschland einzutreten, und aus welchen Gründen der Arbeiter, besonders der marxistisch orientierte, für ein ungeteiltes Reich kämpft. Die Frage ist sehr einfach zu beantworten. Der Kampf geht heute nicht mehr wie 1848 um rein politische Angelegenheiten; er geht heute viel weiter, er ist nicht nur ein politischer, er ist daneben auch, und das in seinem innersten Wesen, ein wirtschaftlicher. Der Kapitalist kämpft nicht etwa für Bayern oder Preußen an sich, sondern er denkt dabei an die Interessen seines Kapitals; der Arbeiter haßt dieses Kapital, das ihn beherrscht und ausbeutet, er bekämpft es. Ein Bayern, das losgelöst wäre von dem übrigen Deutschland, ließe sich viel besser reinigen von sozialistischen Ideen; und ein Rheinland unter der Herrschaft der Geistlichkeit und der Drohung französischer Maschinengewehre wäre bald wieder ein kapitalistisches Paradies. Und was würde gar der Arbeiterbewegung blühen in einem vom Westen und Süden losgelösten Ostpreußen?

Das ist die Erklärung dafür, weshalb für die Arbeiterbewegung die Frage Reichseinheit oder nicht, überhaupt nicht diskutabel ist. Wobei ganz abgesehen werden soll von den Gründen, die aus der marxistischen Auffassung des Ablaufs der Dinge ihren Ursprung ableiten, und die immer für ein möglichst großes und zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet in die Waagschale fallen werden.

In einem solchen Gemeinwesen, das aufgebaut ist nach volkswirtschaftlichen Rücksichten, kann natürlich kein Platz mehr sein für dynastische Staatsgebilde wie Preußen und Bayern. Preußen will ja nun den Anfang machen und sein ungeheures Gebiet in Provinzen mit weitgehender Selbstverwaltung nach Stammes- und wirtschaftlichen Rücksichten einteilen. Das ist jedoch gänzlich zwecklos, solange nicht Bayern dasselbe tut; auch in Bayern wohnen verschiedene Volkstämme, die Bayern, die Schwaben und die Franken. Der französische Norden ist industriereich, der bayerische Süden überwiegend landwirtschaftlich.

Trotz aller Schwierigkeiten muß es das Ziel jeder sozialdemokratischen Politik bleiben, ein ungeteiltes Deutschland zu bewahren, das in eine Reihe von Wirtschaftsprövinzen eingeteilt ist, die weitestgehende Selbstverwaltung zugestanden bekommen. Nur ein solches Reich wäre völlig gegen Los-trennung gesichert; und unsere Feinde müßten dann auch wohl über ihre Zersplitterungsversuche aufgeben. Und noch aus einem anderen Grunde wäre eine solche Reichsgliederung der jetzigen vorzuziehen. Die dabei entstehenden

Wirtschaftsprövinzen wären Gebiete mit gemeinsamen Interessen und weitgehender, sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Und sie wären die geeigneten Träger der Sozialisierung, d. h. der Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiterschaft.

Und dieser letztere Gedanke allein müßte die Neugliederung des Reiches in der beschriebenen Form und seinen Bestand zu einer Herzenssache für jeden Sozialisten machen.

Zur Wiedergutmachung.

Immer neue Ansprüche.

Aus der Note des Reparationsausschusses an die deutsche Regierung, die jetzt im Wortlaut vorliegt, sind noch folgende Punkte hervorzuheben (von der Hauptforderung der 20 Milliarden Goldmark bis zum 1. Mai haben wir schon berichtet):

Vor dem 1. Mai 1921 sind für den ungedeckten Teil der 20 Milliarden Goldmark des Artikels 235, d. h. mindestens 12 Milliarden, sei es in Gold, sei es in fremden Devisen nach dem Kurse am Tage der Regulierung zu zahlen.

Vor dem 23. März 1921, ein Termin, welcher strikt innezuhalten ist, muß die deutsche Regierung eine erste Zahlung von einer Milliarde Goldmark in Anrechnung auf die geschuldeten 12 restlichen Milliarden machen.

Bevor die Kommission festlegt, zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise die weiteren Zahlungen zu entrichten sind, welche es Deutschland ermöglichen sollen, sich des Mehrbetrages seiner Verpflichtungen zu entledigen, wird die Kommission damit einverstanden sein, alle Vorschläge zu erwägen, welche ihr spätestens vor dem 1. April 1921 durch die deutsche Regierung unterbreitet werden, um einen Teil des Goldes und der fremden Devisen durch Lieferung von Waren oder Uebertragung fremder oder deutscher Wertpapiere zu ersetzen.

In derselben Frist könnte die deutsche Regierung, um die Entledigung des Restes ihrer Schuld auf Grund des Artikels 235 zu ermöglichen, der Reparationskommission Vorschläge auf Uebernahme einer größeren Anleihe, deren Ertrag der Kommission zufließen würde, unterbreiten.

Wie wir schon erwähnten, steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß die im Friedensvertrag verlangten 20 Milliarden Vorforderung bereits ausgeglichen sei. Sollte noch eine Restsumme vorliegen, so wäre sie zu den deutschen Zahlungspflichten nach dem 1. Mai zu schlagen.

Die ganze Note macht den Eindruck, als ob sie unter dem Druck eines unsicheren Gewissens entstanden wäre. Sie soll offenbar die unsinnigen Zwangsmassnahmen einigermaßen begründen. Merkwürdigerweise greift sie auch den Gedanken einer deutschen internationalen Anleihe auf, den man in London so schroff zurückgewiesen hat. Glaubt man vielleicht, daß eine solche Anleihe jetzt noch Erfolg haben wird, nachdem man begonnen hat, Deutschland wirtschaftlich und militärisch zu knebeln?

Die neue Zollgrenze.

Das besetzte wird vom unbesetzten Gebiete getrennt durch eine Zollgrenze. Diese beginnt 10 Kilometer nördlich Hamburg am Rhein und läuft von etwa 12 Kilometer östlich des Rheins bis zum Brückentopf Köln und schließt die Städte Oerfeld, Oberhausen und Mühlheim a. d. Ruhr ein. Essen bleibt etwa 4 Kilometer östlich der Zollgrenze. Auch Eberfeld und Barmen bleiben außerhalb der Zollgrenze. Von da ab verläuft sie vermutlich an der Südgrenze der Brückentöpfe. Ob die zwischen den Brückentöpfen liegenden Gebiete in die Zollgrenze einbezogen werden, ist noch unbestimmt. Jedenfalls wird der Raum zwischen den Brückentöpfen Köln und Koblenz freigelassen, während der sogenannte Glasgenhals zwischen den Brückentöpfen Koblenz und Mainz einbezogen wird. Es läßt sich aber auch annehmen, daß die Verhältnisse sich folgendermaßen gestalten werden: Die neue Zollgrenze im Osten des besetzten Gebietes verläuft vermutlich an der Südgrenze der Brückentöpfe. Auch die amerikanische Zone wird in das Zollgebiet einbezogen, und zwar ohne direkte Beteiligung der Amerikaner. Die Sätze des Zolltarifs sind noch unbekannt. Die Grundlage wird voraussichtlich für die Einfuhr aus dem unbesetzten ins besetzte Gebiet der deutsche Zolltarif bilden. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem unbesetzten in das besetzte Gebiet wird voraussichtlich ganz zollfrei sein. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zur Aufrechterhaltung der rheinischen Industrie notwendig sind, werden voraussichtlich nur geringen Zollsätzen unterworfen. Bei der Ausfuhr aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet soll ein mäßiger Zollsatz, vielleicht nur eine sogenannte statistische Gebühr erhoben werden.

Als Grenzschutzpersonal werden ausländische Zollbeamten und Soldaten die Südgrenze besetzen. Das Abfertigungspersonal in den Zollämtern wird deutsch bleiben. Mit der Durchführung der Zolllinie ist in etwa zwei Wochen zu rechnen. Nicht beachtet ist die Beschlagnahme von Steuereinnahmen, fiktivem Besitz, Bergwerksunternehmen und dergleichen, da derartige Maßnahmen nicht zu den jetzigen Sanktionen gehören. Auch ist eine Beschränkung der Verkehrsfreiheit zurzeit nicht geplant. Voraussichtlich können die im besetzten Gebiete erzeugten Weine ohne beträchtlichen Zollausschlag ins unbesetzte Gebiet ausgeführt werden. Die einschneidende Folge der Zollgrenze wird ohne Zweifel die

sein, daß der Absatz deutscher Erzeugnisse im besetzten Gebiete stark eingeschränkt und das Eindringen ausländischer Waren ins besetzte Gebiet erleichtert wird.

Der Ausfuhrzoll vor der französischen Kammer.

Schon vormittags hatte Ministerpräsident Briand das Wort ergriffen, um die Kammer mit seiner Londoner Haltung auszuwählen. Er hatte dabei den so beliebten Weg eingeschlagen, Frankreichs Sieghaftigkeit dem deutschen schlechten Willen gegenüberzustellen. Nachmittags legte man die Debatte über London fort. Der frühere Finanzminister Riob sprach gegen den Ausfuhrzoll, da er wegen seiner Höhe von den Neutralen nicht erhoben werden könne, weshalb er Frankreich einseitig benachteiligen werde. Darauf ergriff Briand nochmals das Wort und leitete seine Rede mit einigen scharfen Bemerkungen gegen Deutschland ein. Deutschland habe seine Vertragspflichten verletzt, es hätte seine Niederlage schon vergessen, und nun behaupte es gar, daß der Vertrag von Versailles nicht mehr existiere, da die Verbündeten ihn selbst verletzt hätten.

Aus all diesen Gründen seien Zwangsmassnahmen erforderlich. Frankreich müsse zu seinem Rechte kommen und die Alliierten seien entschlossen, ihm dazu zu verhelfen. Außerdem werde man in der Frage der Entwaftung unerbittlich sein; die militärischen Sachverständigen hätten schon Vorschläge unterbreitet, um auch diesen Punkt durchzuführen.

Die Kammer nahm dann mit 491 gegen 70 Stimmen folgende Tagesordnung an: „Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und vertritt darauf, daß sie mit den Verbündeten die notwendigen Zwangsmassnahmen durchführt, um befriedigende Ergebnisse zu erzielen in betreff der Wiedergutmachung, der Entwaftung und der Befragung der Kriegsbeschuldigten.“

Die französische Kammer macht ihrem Ruf, das nationalstärkste Parlament der Welt zu sein, immer aufs neue alle Ehre. Und Briand, der als gemäßigter Kandidat per Voicance Ministerpräsident geworden ist, kommt immer mehr in das Jahrwasser des nationalen Bloks. Die Hoffnung, die auf ihn gesetzt wurde, hat er nicht erfüllt. Wahrscheinlich konnte er sie bei der vorläufigen Geistesstimmung des französischen Volkes auch gar nicht erfüllen.

Internationaler Gewerkschaftsverband und Wiedergutmachung.

„Le Peuple“, das Pariser rechtssozialistische Organ, schrieb am 13. über die Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam folgendes: Die Hauptfrage auf der Tagesordnung war die internationale Lage, die durch das Mißlingen der Londoner Konferenz geschaffen worden ist. Es wurde eine Entschließung angenommen, die den Oberleitungen in den dem Verbande angehörenden Ländern mitgeteilt werden soll. In dieser Entschließung erklärt sich der Internationale Gewerkschaftsbund von der Berechtigung der Reparationen und der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete überzeugt. Aber er erklärt auch, daß diese nur durch ein Zusammenwirken der Arbeiter aller beteiligten Länder errungen werden können. Die Entschließung des internationalen Gewerkschaftsverbandes wird durch die Erklärung der deutschen Arbeiterverbände vervollständigt, die mit den Unterschriften der Arbeitervertreter Graßmann und Hue versehen ist. Die Unterzeichner geben namentlich ihrer Meinung Ausdruck, daß eine rasche Reparation der durch den Krieg verursachten Schäden eine der dringlichsten Aufgaben ist, die der zivilisierten Welt in ihrer Gesamtheit zufällt. In allererster Linie muß an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens herangegangen werden. Die Erklärung schließt: Es besteht kein Zweifel, daß unsere deutschen Gewerkschaften zwecks raschster Ausführung der Wiederaufbauarbeiten allen ihren Einfluß auf die wichtigsten beteiligten Arbeiterkreise ausbieten werden.

Die internationale Arbeiterbewegung gegen die Sanktionen.

Am 13. März, 18. März. Das in Bern tagende Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes stimmte einer Kundgebung zu, worin energisch gegen die Besetzung der deutschen Städte und Industriegebiete protestiert und der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß diese Besetzung zu keiner Lösung führen könne, sondern im Gegenteil die Ausführung des Friedensvertrages verzögert und neue Konflikte hervorruft. Das Zentralkomitee richtet an die Metallarbeiter die Aufforderung, sich allen Intere-

den Handlungen mit aller Kraft zu widerlegen. Es erklärt sich solidarisch mit der deutschen Arbeiterklasse, die gewillt ist, ihre Kraft zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete einzusetzen und die Pflicht der Wiedergutmachung anzuerkennen. Eine baldige Wiedergutmachung sei jedoch nur durch eine Internationalisierung der Kriegsschulden möglich.

Umgebung des Sanktionszwecks.

Infolge der Sanktionen hat die Textilindustrie in Ostpreußen und Barmen ihre Bestellungen von Rohstoffen in den alliierten Ländern annahmefähig und gleichzeitig den größten Teil von Bestellungen in fremden Ländern gestrichen. Die in Arbeit befindlichen Aufträge werden nur ausgeführt, wenn die Auftraggeber volle Zahlung garantieren und ohne jede Abkürzung, und zwar durch einen Scheck auf eine neutrale Bank. Verschiedene große Firmen haben sich schon dazu bereit erklärt.

Ein deutsch-russisches Abkommen.

Die Wolffs Bureau meldet, ist zwischen den beiderseitigen Vertretungen in Moskau ein vorläufiges Protokoll unterzeichnet worden, das die Kriegsgefangenen-Angelegenheit regelt sowie ein Abkommen über die beiderseitigen Vertretungen und Staatsangehörigen enthält. Dieses zweite Abkommen nimmt die bereits bestehenden gegenseitigen Vertretungen zur Grundlage und erweitert ihre Rechte in konsularischer und handelspolitischer Hinsicht. In bezug auf die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen sind in dem Abkommen Bestimmungen getroffen, die den ungehinderten wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Ländern ermöglichen und sichern soll. Das Protokoll wird gegenwärtig von der deutschen Regierung geprüft und man hofft, daß die Vorschriften bald in Kraft treten.

Die Lage in Russland.

Noch immer lauten die Nachrichten aus Russland widersprüchlich. Die Lage in Kronstadt scheint unverändert, doch lauten die letzten Nachrichten, die einigermaßen zuverlässig sind, für die Rotregierung günstiger.

Es ist deshalb unmöglich, ein richtiges Bild zu bekommen von den russischen Vorgängen, weil in Riga, Reval und Helsingfors die Propagandabureaus der russischen Gegenrevolutionäre sich befinden und von dort aus die unrichtigen und oft frei erfundenen Meldungen in der Welt verbreiten. Andererseits verfolgt auch die Sowjetregierung mit jeder Meldung einen agitatorischen Zweck. So ist Wahrheit und Lüge schwer zu scheiden.

Nur eines scheint sicher. Die ganzen Nachrichten von Schlacht und Kämpfen sind maßlos übertrieben worden. Gestern konnten wir Berichte aus Petersburg anführen, die die Lage in der Stadt wie gewöhnlich schilderte; heute liegen ähnliche Meldungen aus Kronstadt vor.

Wahrscheinlich wird der ganze trostlose Stand der Erklärungslage in Russland auch jede größere Kampfhandlung ausschließen. Es werden alle andere Sorgen haben, als Schlachtpläne zu entwerfen; höchstens einige wenige Offiziere werden solchen Ideen nachhängen und hier und dort Meutereien anzetteln. Auch in Deutschland kennt man ja zur Genüge die Nachträume solcher Herren, denen am Volke nur insoweit etwas gelegen ist, als sie es für ihre besonderen Pläne brauchen können.

Unterdessen hat jetzt, wie gestern schon berichtet, Russland seinen ersten Handelsvertrag unterzeichnet; mit Italien schweben entsprechende Verhandlungen, und auch die deutsche Regierung beilegt sich nun, nicht ganz ins Hintertreffen zu geraten. Die nächste Wochen werden auch über Russland in manchem den Schleier lüften.

Deutscher Reichstag.

Die Schulfrage am Kriege. — Verkehrsfragen und 8-Stunden-Tag.

87. Sitzung.

Berlin, Donnerstag, 17. März, 10 Uhr vormittags.

Reichswirtschaftsministerium.

Als Beitrag für die Breslauer Messe werden 400 000 Mk. zugeworfen, für die Frankfurter Messe und für den „Handelshof“ in Stuttgart je 300 000 Mk.

Abg. Körner (DfL) begründet einen Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, für die über die Westgrenze nach Deutschland eingeführten Weine die Verpflichtung zur Angabe des Anbaugesbietes einzuführen und beim Abschluß neuer Handelsabkommen mit auswärtigen Staaten die Einfuhr von Weinen aus dem Ausland in keiner Weise zu begünstigen und nicht auf Kosten der Einfuhr wichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe zu bezuggeben.

Abg. Koroll (DfL): Zwar verpflichtet uns der Friedensvertrag zur Einfuhr zollfreier eisfahiger Weine, aber Frankreich umgeht diese Bestimmungen und schmuggelt seine Rotweine ein. Da müssen wir die Rechte der deutschen Weinbauern wahren, auch im täglichen Leben nationale Politik treiben und auf französische Weine verzichten.

Reichswirtschaftsminister Schulz: Die Reichsregierung ist mit dem Antrage Körner vollkommen einverstanden.

Abg. Ged (USP): Die französischen Rotweine brauchen wir für Kranke und Sieche. Die deutschen Rotweine sind für medizinische Zwecke nicht immer geeignet.

Der Antrag Körner (DfL) wird gegen die unabhängigen Stimmen angenommen, ebenso die Beiträge für die Messe.

Reichsministerium des Auswärtigen.

Abg. Bernstein (SD.): Der Etat des Auswärtigen Amtes verlangt diesmal zwanzigmal mehr Ausgaben als in der Kriegszeit. Man muß den auswärtigen Dienst vereinfachen, weniger Luxus und überflüssigen Aufwand treiben und keine überflüssigen Beamten halten. Die auswärtige Politik muß in Verbindung mit der inneren von neuem Geistes erfüllt sein. Denn wir brauchen das Vertrauen der ganzen Welt zu unserer Demokratie. Die Rechte ist nur zu oft bemüht, das Vertrauen des Auslandes zu erschüttern. In London sind verschiedene Fehler gemacht worden. Zwei Hauptfehler sind unserer auswärtigen Politik zuzurechnen: 1. hat man in der Schulfrage sich nicht zu dem bekannt, was die ganze Welt und die Mehrheit unseres eigenen Volkes glaubt, zu der Schuld des kaiserlichen Deutschlands am Kriege. (Widerpruch rechts.) Die Bestreitung dieser Schuld hätte die Einleitung aller weiteren Argumente und sei eine Waffe für alle, die den Haß lebendig erhalten wollen. Die zweite Fehler ist für England, daß es sich nicht so tief in französische Politik einlassen dürfte. Daß das kaiserliche Deutschland im Verein mit Deutschland den unmittelbaren Anlaß zum Weltkriege gegeben hat, was von pflichtbewußten Volkstrettern festgestellt werden. Bei einer alleinigen Schuld Deutschlands spricht niemand. (Zurück 25 bis: Wenn Sie mir eine Erklärung gestatten wollen, Herr Abgeordnete, so möchte ich sagen, daß von der Kriegsschuld in letzter Zeit so viel gesprochen ist, daß wir noch nicht wieder eine Debatte darüber eröffnen können.) Abg. Bernstein fortsetzt: Es kommt darauf an, wer in entscheidendem Moment die Spitze vorgeworfen hat. Freilich hat die Schuld der Re-

gierung nicht das deutsche Volk in vollem Maße haftbar gemacht werden. Daß sich die Elemente im Ausland, auf die es bei einer Revision des Friedensvertrages am meisten ankommt, nämlich die Arbeiterklasse, nicht mehr für uns einsetzt, liegt daran, daß von uns die Kriegsschuld des kaiserlichen Deutschlands nicht genügend und reiflos anerkannt wurde. Wir protestieren dagegen, daß die deutsche Politik von Stinnes gemacht wird. (Zuruf rechts: Sie betreiben die Geschäfte von Lloyd George.) Nein, das tun Sie, meine Herren. Was die finanziellen Zumutungen betrifft, die an uns gestellt werden, so müssen wir zu solchen Bedingungen kommen, die möglich sind und unser Wirtschaftsleben verhältnismäßig am wenigsten schädigen. Wenn nicht vollständige Umwälzungen eintreten, mit denen man natürlich nicht rechnen kann, so müssen unsere Kinder und Enkel schwer tragen an der Schuld des kaiserlichen Deutschlands. Dagegen muß die Regierung Einspruch erheben. Dieser Einspruch kann nur zum Ratium werden, wenn er unterstützt wird von der Arbeiterinternationale aller Länder. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Breitscheid (USP): Von rechts werden an das Auswärtige Amt Forderungen erhoben, die eine Beweiskführung der Schuldlosigkeit Deutschlands am Kriege verlangen. Raustsch hat von seinen Behauptungen nichts zurückgenommen. Daß die Regierung Bethmann Hollweg den Krieg bewußt heraufbeschworen hat, behaupten wir wollen, sind wir nicht richtig genug, denn mit Bewußtsein hat die kaiserliche Regierung überhaupt nie etwas getan. Die Schuld des kaiserlichen Deutschlands datiert nicht vom 1. August resp. den Julitagen 1914 an, sondern von den ganzen Jahren vorher unter der glorreichen Regierung Wilhelm II. (Unruhe rechts.) Die Rede, die General Seekt im Reichswehrministerium vor seinen Beamten und Offizieren hielt, scheint mir nicht mit dem an sich guten Programm des Außenministers übereinzustimmen. Seinen Ausdruck, die Verbündung, daß die Deutschen in Paris und Spaen wie Kaffern behandelt worden sind, halte ich nicht für angebracht in einer Zeit, wo wir eben auf Verhandlungen mit Frankreich angewiesen sind. Und auch die französische Regierung hielt sie nicht für angebracht und hat bereits dagegen Einspruch erhoben. (Hört, hört!) Wir dürfen nicht in die Fehler des alten kaiserlichen Deutschlands zurückfallen und die Generale Politik treiben lassen. Doch gegen den bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr ist General v. Seekt ein Waisenknecht. Kahr fordert tatsächlich dazu auf, den Gesetzen der Reichsregierung Widerstand zu leisten. Und diese Gesetzmäßigkeit wird von der bayerischen Volkspartei unterstützt! (Unruhe rechts und in der Mitte.) Wenn Verhandlungsmöglichkeiten eröffnet werden sollen, so müßte das Reichsamt nicht für rückwärtslose Maßnahmen gegen die bayerischen Reaktionen entschließen und sich stützen auf den einzig zuverlässigen Bundesgenossen, nämlich auf die norddeutsche und die bayerische Arbeiterklasse. Ein Abrück oder eine längere Suspendierung der diplomatischen Beziehungen ist in unserer Lage unerträglich. Professor Böhm schreibt in der „Volkzeitung“, wir müßten uns endlich klar darüber werden, was wir in der Reparationsfrage tatsächlich leisten können und leisten wollen. An positiven Vorschlägen hat es tatsächlich bisher gefehlt. (Zuruf rechts.) Sie (nach rechts) haben bisher nichts vorgebracht, trotz aller Ihrer Kritik darüber, was wirklich getan werden soll.

Abg. Schulz-Bromberg (DfL): Die große Mehrheit dieses Hauses und der Länder ist der Auffassung, daß es niemals eine friedfertigeren Regierung gegeben hat, als die kaiserliche deutsche Regierung, die man geradezu als Mutter anstellen kann. (Bravo! rechts, höfliches Gelächter und Zurufe Mk.)

Abg. Dr. Krieger (DfL) (mit dem Zuruf: „Vaterlands-partei“ begrüßt): Ich war niemals Mitglied der Vaterlands-partei. Wir verlangen nicht nur Gerechtigkeit für die Gegner, sondern vor allem auch für unser eigenes Volk. Sie (nach links) dürfen die Schulfrage nicht in einer dem Feinde höchst willkommenen Weise herausarbeiten. Auf der internationalen Sozialistenkonferenz in Genf erklärte der englische Sozialistenführer Morrison, daß die Schuldfrage zwar anscheinbar gewesen sei, daß aber für die englischen Sozialisten infolge des Schweigens der deutschen Sozialisten kein Anlaß vorliegen habe, ihr Mißfallen zum Ausdruck zu bringen. (Hört, hört! rechts.) Karm bei den Sozialisten.) Es ist eine Lüge, daß das deutsche Volk den Krieg gemollt hat. (Zuruf Bernstein (SD.): Ich habe nicht vom deutschen Volk gesprochen, sondern von der Schuld der kaiserlichen deutschen Regierung.) Werfen Sie (zu Bernstein) sich doch nicht zum Vertreter des deutschen Volkes auf. (Zuruf Bernstein: Das brauchen Sie mir nicht zu sagen.) Wilhelm II. war es vor allem, der mehrfach sich bietende günstige Gelegenheiten zum Ausschlag nicht benutzte, um der Welt den Frieden zu erhalten. (Lärm und Zuruf links. Sehr richtig! und Bravo! rechts.) (Die Auffassung, daß Deutschland der schuldige Teil ist, hat Raustsch korrigiert. Er ist in seinem Buche nicht Ankläger, sondern Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber. (Lärm und Zurufe auf der linken und rechten Seite des Hauses.)) Worauf es hier ankommt, habe ich bewiesen. Raustsch hat keine Behauptungen von der Kriegsschuld der deutschen Regierung zurückgezogen. (Zuruf Breitscheid: Weil er sie überläßt hat. — Lärm im ganzen Hause.)

Dr. Peterlen (DfL): Ich gebe zu, daß ich in vielen Punkten mit dem Abg. Breitscheid übereinstimme. Andererseits erkläre ich aber, daß es Pflicht jedes deutschen Abgeordneten ist, zu bekennen, daß von dem Gegner nichts zur Verhinderung des Weltkrieges getan worden ist. Bezüglich Bayern erlaube ich mir zu fragen, ist der Führer einer Partei berechtigt, einer Regierung zu sagen: Stützen Sie sich mehr auf die Arbeiterklasse, wenn es es tatsächlich und parlamentarisch ablehnt, an dieser Regierung mitzuarbeiten? (Zuruf und Widerspruch links.) Gestatten Sie (zu den USP) bei sich an die Regierung zu unterstücken, die die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Dann erst wird Ihre Kritik und Ihre Forderungen berechtigt sein.

Söder (DfL): Alles Gekläne kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die deutsche Regierung uns in den Krieg geholt hat. (Zuruf rechts: Volksovertür!) Die auswärtige Politik ist speziell die kapitalistische Klassenpolitik im Innern wieder. Im Auswärtigen Amt herrscht noch derselbe reaktionäre Geist wie früher. Erst mit dem ganzen Kapitalismus wird das arbeitende Volk auch diese Auslandspolitik los werden. Der Völkerverbund ist nichts anderes als die Organisation des Raubkapitals der Entente gegen die Arbeiterklasse. Die Regierung hat die größte Dummheit begangen, indem sie kein wirtschaftspolitisches Verhältnis zu Sowjet-Russland hergestellt hat. Die englische Bourgeoisie war da viel klüger. Für uns gibt es keine Frage des Wiederaufbaues, weder in Frankreich noch in Deutschland, denn das siehe ja nur, den Kapitalismus wieder aufbauen. Für uns gibt es nur die Frage des Sturzes des kapitalistischen Systems. Wir rufen die Arbeiterklasse gerade in diesen Wochen zum Sturm auf; um der kapitalistischen Diktatur die Diktatur des Proletariats entgegenzusetzen.

Küller-Franke (SD): Was die Schulfrage betrifft, so möchte ich nur zwei Tatsachen erwähnen, die Troch-Politik im Auswärtigen Amt und die Reflexion in Konstantinopel. Wilhelm II. hat es sehr gut verstanden, das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Politik zu zerstören. Wir Sozialdemokraten haben uns immer für die Klärung der Kriegsschuldfrage eingesetzt und auch die Veröffentlichung des deutschen Materials durchgesetzt. Auf der anderen Seite suchten wir auf die Sozialdemokraten der anderen Länder dahin einzuwirken, daß diese die Deutung der Archive ihrer Länder durchsetzten. Unsere Stellung zur Kriegsschuldfrage ist im Übrigen gekennzeichnet durch die Erklärung unserer Partei auf der Genfer Konferenz. Es ist überaus merkwürdig, daß in derartigen Fällen immer der Schaiten Blamais von rechts heraufbeschworen wird, der doch gerade die verantwortliche Politik verfolgte als die der Herr Wilhelm II. der immer davon warnte, es zu einem Bruch mit England und Frankreich kommen zu lassen. Im Übrigen bin ich der Ansicht, daß das Geröde über die Schulfrage gar keinen Zweck hat. Daß wir zur Beweiskführung Zusammenkünfte aller Länder kommen müssen und

hierbei alles vermeiden müssen, was dies erschwert, also auch die Diskussion über die Schulfrage.

Diskussion über die Schulfrage. Es gibt überall Nationalisten, Chauvinisten und Imperialisten wie bei uns. Wir können diese Erscheinung nicht durch Proteste nach drüben bekämpfen, sondern unsere Aufgabe ist es, im eigenen Lande gegen diese Erscheinung vorzugehen. Wenn wir Sozialisten eine gemeinsame Front mit den Deutschnationalen gegen die Entente-Länder bilden wollen und gegen ihren Imperialismus, so würden wir dadurch nur hier wie dort die Nationalisten stärken. Wenn Raustsch sagt, er hätte der deutschen Regierung unrecht getan, so meint er das natürlich nur ironisch. Raustsch wollte damit sagen, die deutsche Regierung sei noch viel dämlicher gewesen, als er geglaubt hätte.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Bernstein (SD.) stellt persönlich fest, daß er dem deutschen Volke die moralische und staatsrechtliche Verantwortung für die Schuld der Regierung durchaus abspreschen habe.

Es folgen dann die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsministerium des Innern. Die Ausgaben für die Technische Nothilfe werden gegen die Linke bewilligt; für das deutsche Museum in München wird der Zuschuß von 400 000 Mk. auf 500 000 Mk. erhöht. Ferner wird eine Entschädigung auf Erziehung eines Denkmals für die im Ausland gefallenen Deutschen angenommen.

Sodann wird eine Entschädigung der Reichszentrale für Heimadienten ein parlamentarisches Beirat bewilligt, angenommen. Die Haushaltspläne des Reichsanwalters und des Reichsministeriums des Auswärtigen werden angenommen.

Es folgt der Haushalt für das Reichsverkehrsministerium.

Die Haushalte für 1920 und 1921 werden verbunden. Nach dem Ausschuhbericht beträgt das Defizit für 1920 16 Milliarden, für 1921 9 Milliarden.

Reichsverkehrsminister Groener: Der Haushalt für 1920 enthält nur erledigte Tatsachen, der von 1921 das Programm der Wiedergesundung der Reichseisenbahnen. Daraus ist erkennbar, daß wir mit allen Mitteln nach der Ausgabendeckung streben. Die technische Wiederherstellung muß beschleunigt vor sich gehen. Was die Organisationsaufgaben betrifft, sehen wir von einer strengen Zentralisation ab und wollen weitgehende Selbstverwaltung. Es sollen Wirtschaftsprüfer gebildet werden. Die Selbstständigkeit der Ämter und Direktionen soll erhöht werden. Die Aufrechterhaltung des gewöhnlichen Eisenbahnbetriebes ist nur möglich auf Grundlage der Autorität mit Ordnung. Dafür hat auch die Eisenbahnerchaft wieder Sinn bekommen. Die Arbeitslosigkeit der Eisenbahner ist zweifellos im Wachsen. Für die Wohnungsverhältnisse sowie für andere soziale Aufgaben wird möglichst viel getan. Im Sommer werden wir versuchen, im Rahmen der Kohlenabgabe die Personen- und Schnellzüge möglichst zu erhöhen. Wir erstreben eine einheitliche Beamtenschaft und den Aufstieg der Tüchtigen in alle noch so hohen Stellen.

Bruner (Soz.): Die Eisenbahnen müssen imstande sein, aus sich selber heraus die Ausgaben bestreiten zu können. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß wir für 1920 16,4 Milliarden zuschießen mußten, um die Eisenbahn überhaupt in Gang zu erhalten. Wie der Minister mit Recht feststellt, gibt es nur zwei Dinge, um aus diesem Elend herauszukommen: Tarifserhöhungen und Sparsamkeit. Bei der Erhöhung des Personentarifes muß der arbeitenden Bevölkerung in großem Maße Erleichterung zuteil werden und auf die wirtschaftlich Schwachen muß genügend Rücksicht genommen werden. Bei Wanderungen von Kindern, bei Schulausfällen, bei Ausfällen von Jugendorganisations usw. müssen ebenfalls Erleichterungen gewährt werden. An den schlechtesten Verhältnissen der Eisenbahn hat nicht die Revolution, sondern der Krieg schuld. Der Vorwurf, daß die Gewerkschaften mit daran schuld seien, ist ganz lächerlich. Die Gewerkschaften haben immer auf eine wirtschaftliche Gestaltung des Eisenbahnbetriebes hingearbeitet und alles getan, was sie tun konnten, um Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit zu heben. Der Wirtschaftstag muß endlich auch bei der Eisenbahn geregelt werden. Von dem Unternehmertum wird die Eisenbahnverwaltung meist ausgenommen. In dem Material ist noch viel zu sparen. Man hat im vorigen Jahre, als die Preise am höchsten waren, Unsummen an Material und Werkzeug gekauft. Ich habe dabei Werkzeuge gesehen, die man nie wird gebrauchen können. (Hört, hört! links.) Eine weitere Entlassung von Arbeitern darf bei der herrschenden Arbeitslosigkeit nicht erfolgen. Sie ist im Interesse des Betriebes auch weder nützlich noch notwendig. Auch an den Erhöhungen erfahren sollten, würde man sicher mit einer weiteren Heraushebung der Löhne und Gehälter rechnen müssen. (Beifall bei den Soz.)

Reichert (DfL): Erst mit der Revolution ist das große Defizit in der Eisenbahnverwaltung eingetreten. (Widerpruch links.) Der Wirtschaftstag bedeutet nichts anderes als eine Entmündigung der Arbeiterschaft und eine Schwächung der Waise. Die Mehrheitssozialisten stehen nur noch im Prinzip auf dem Standpunkt des Wirtschaftstages. (Widerpruch bei den Soz.) Für Beamte und Angestellte des Reichsdienstes gibt es kein Streikrecht. (Lärm und Widerspruch links.)

Verkehrsminister Groener: In der Frage des Streikrechts hat die Regierung einen ganz festen Standpunkt eingenommen. Ich habe nicht den geringsten Anlaß, von diesem Standpunkt abzuweichen und habe meine Beamten und Arbeiter in diesem Sinne informiert.

Quack (DfL): Man kann nicht Löhne und Gehälter erhöhen und dabei die Zahl der Angestellten beibehalten. Erhöht muß vielmehr die Leistung des einzelnen werden. Verkehrsminister Groener: Wir sind der Ansicht, daß es nicht auf die Menge der Arbeiter, sondern auf die Qualität der Arbeit ankommt. Vor der Annahme des Antrages auf Kapazitätsminderung für Angehörige der Volkshochschule möchte ich warnen, da leicht damit Unfug getrieben werden kann.

Braunig (USP): Den Betriebsräten muß eine viel weitergehende Mitwirkung zugestanden werden. Die mangelhaften Leistungen des Eisenbahnpersonals im vorigen Jahre waren eine Folge der Ueberanstrengung im Kriege und der völlig ungenügenden Bezahlung. Hände weg von einer Verlängerung des Wirtschaftstages.

Die weitere Aussprache dreht sich um die Bewilligung von Mitteln zur Tuberkulosebekämpfung. Quack (Soz.) erklärt u. a., die Sozialdemokraten hätten im Ausschuh deshalb die Bewilligung abgelehnt, weil sie zu der bürgerlichen Regierung nicht genug Vertrauen habe, um ohne besondere Unterlagen eine derartige Summe zu bewilligen.

Der Ausschuhentwurf auf weitere Erhöhung der für Tuberkulosefürsorge aufzubringenden Gelder wird angenommen. Der Antrag Braunig (USP.) auf 20 Millionen Mark anstatt 15 Millionen Mark für den bahnrätlichen Dienst zu bewilligen, wird gegen alle Sozialisten abgelehnt.

Schiele (DfL) begründet einen Antrag zur Unterstützung des Baues von Kleinbahnen und zur Behebung der dort herrschenden Arbeitslosigkeit, statt den Betrag von 5 Millionen in den Nachtrassetat einer erheblich höheren Betrag einzusetzen. Der Antrag Schiele wird angenommen. Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird danach angenommen. Es folgt der Etat des Reichspostministeriums.

Taubadel (Soz.): Ein einseitiger Postetat ist für die Zukunft notwendig. Es geht nicht an, daß ein so wirtschaftlicher Reichsbetrieb dauernd Zuschüsse erfordert. Die Unterbilanz wäre um 14 T. Milliarden geringer, wenn die große Zahl der überflüssigen Postkräfte anderswie untergebracht werden könnte.

10 Uhr abends verlassen die Reichsvertreter nach einstündiger Sitzung auf einen Beschluß der „Journalistischen Gewerkschaft“ den Saal.

Freitag 10 Uhr Weiterberatung. Zweite Lesung des Haushalts für 1921.

Kleine politische Nachrichten.

Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus London haben 250 000 Bergarbeiter von Nordumberland und Durham die Nachricht erhalten, daß sie am 31. März die Arbeit verlassen müssen wegen Mangels an Kohlenabsatz. — In der Textilindustrie in Lancashire sind 600 000 Arbeiter drohlos.

Im Danziger Parlament verfehle der unabhängige Abgeordnete Fischer dem deutschnationalen Abgeordneten Dähler einen Schlag ins Gesicht, so daß dieser blutend aus dem Saal geführt werden mußte. Die Fraktion der Unabhängigen hatte unter Protest der Partei der Rechten zwar ihr Bedauern über den Vorfall ausgesprochen, aber auf Grund des historischen Vorganges das Verhalten ihres Parteigenossen gebilligt.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 18. März.

Der Fischwucher.

In allen Tönen wird das vergangene Jahr als ein „Rekordjahr der deutschen Hochseefischerei“ gefeiert. Zuvörderst wegen der Größe der Fänge, die gemacht worden sind. So wird berichtet, daß während des Jahres 1920 in Hamburg 28 Millionen Pfund Fische angeliefert wurden, in Cuxhaven 45 1/2 Millionen Pfund. Aber noch begeisterter als über die Masse der gefangenen Fische ist man über die erzielten Preise. In Altona allein wurden aus dem Fischverkauf 2335 1/2 Millionen Mark gelöst, an den drei Fischplätzen Hamburg, Cuxhaven und Altona zusammen 3553 1/2 Millionen Mark. Für die Höhe der Fischpreise ist es charakteristisch, daß in Hamburg im Jahre 1919 für 25 Millionen Pfund Fische insgesamt nur 21 Millionen Mark eingenommen wurden, im Jahre 1920 aber für 23 Millionen Pfund Fische 21 1/2 Millionen Mark mehr. Die Fischpreise waren also im letzten Jahre mehr als 100 Prozent höher als im Jahre 1919, und damals litten sie, wie man weiß, auch nicht an übergroßer Willigkeit. Forscht man den Gründen nach, die zu dieser Preissteigerung geführt haben, so werden von den „Lundigen“ Thebanern sofort die „enorm“ hohen Löhne für die Fischer, Kapitäne und alle anderen bei der Fischerei beschäftigten Personen vorgebracht. Aber hier, wie in allen sonstigen gewerblichen Betrieben, machen die Löhne nur den geringsten Teil der Untkosten aus. Wesentlich schwerer fallen die Materialpreise ins Gewicht. Kohlen für die Fischdampfer, Garne für die Netze, Öl für die Maschinen und so fort. Die Hauptursache aber bleibt auch bei der Hochseefischerei: die Unternehmung begnügt sich nicht mit den verhältnismäßig bescheidenen Gewinnen der Vorkriegszeit, sondern es müssen Profite von hundert bis zu zweihundert Prozent erzielt werden. Und was das für den konsumierenden Teil des Volkes bedeutet, wenn der Grundpreis schon durch Materialpreise und Löhne gesteigert wird, das kann sich jedermann selbst ausrechnen. Dazu kommen für den binnenländischen Verbraucher ganz besonders noch die Profite, die beim Fischhandel von dem in dieser Branche besonders mächtigen Zwischenhändler verdient werden. Daher die unerfreuliche Tatsache, daß heute noch, trotz der Riesenfänge der Hochseefischerei, die Preise für die gangbarsten Seefische im Einzelhandel das Zehnfache, im Großhandel, in Zwanzigfachen der Vorkriegspreise betragen. Was nützen dem Volk also die Rekordfänge der Hochseefischerei, wenn sie nicht dazu dienen, die Preise für dieses wichtige Nahrungsmittel, das ehemals ein eigentliches Volksnahrungsmittel war, auf ein erträgliches Maß herabzubringen? Die Zwangsbewirtschaftung der Fische, wie wir sie bis zum Jahre 1919 hatten, war gewiß kein idealer Zustand. Aber der freie Handel hat auch bei den Fischen die Versprechungen nicht eingelöst, die er vor Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung immer und immer wieder gegeben!

Vom Loeb gerettet ist die „Eisenbahn-Zeitung“ infolge des von uns bereits mitgeteilten Aufstaus dieses Blattes durch den „General-Anzeiger“. Beide Blätter teilen nunmehr ihren Lesern die Veränderung und Umwandlung des Blattes in „Lübecker Neueste Nachrichten und Handels-Zeitung“ vom 1. April ab mit. In politischer Hinsicht soll das Blatt angeblich die Politik der mittleren Reute vertreten. Das heißt auf gut deutsch, es soll ein Blatt der Deutschen Volkspartei werden. Dafür spricht auch die Tatsache, daß man sich in der Bekanntmachung besonders an die maßgebenden Kreise in Handel und Industrie um Unterstützung wendet. Da das vorkriegszeitliche Blatt vor allem mit Coleman'schem Gelde auf die Strömung gebracht wird, so ist es ganz natürlich, daß der „Anparteiliche“ der alten Lante im neuen Gewande, die 1924 ihren 100. Geburtstag gefeiert hätte, viel Glück zum neuen Aufstieg wünscht. — So hat die alte Großin, die seit längerer Zeit an mancherlei Gebrechen litt, auf ihre alten Tage reich gehelratet. Ob die Ehe eine glückliche sein wird, ist allerdings sehr fraglich. Coleman und die übrigen Kapitalisten, die zur neuen Verlags-Gesellschaft gehören, werden der alten Lante mit ihrem Gelde schon ein neues Gewand kaufen und sie nach Steinach'scher Art verjüngen. Jugendliche Kraft und geistige Regsamkeit wird sie aber auf die Dauer schwerlich aufbringen können. Die erhoffte Anziehungskraft wird trotz ihres Aufputzes nicht groß sein; der Erfolg ist daher sehr zweifelhaft.

Neuer Fischdampfer. Am Mittwoch abend traf der auf der Werft Nobisrug G. m. b. H. in Rendsburg neuverbaute Fischdampfer „Briwall“ nach auf verlaufener Probefahrt im Hiesigen Hafen ein. Dampfer „Briwall“ ist der letzte Dampfer der Hochseefischerei-Mittelschiffahrt „Trave“. Das Rahzema ist mit einer dreifachen Expansions-Schiffmaschine der Ottenkener Maschinenfabrik ausgerüstet. Mit einer Maschinenleistung von 550 PS. wurde bei vollbeladenem Schiff eine Geschwindigkeit von 10,5 Seemeilen erreicht. Der Dampfer tritt nach Übernahme seiner Ausrüstung noch in dieser Woche seine erste Fahrreise nach Island an. Der auf derselben Werft im Bau befindliche zweite Fischdampfer der Hochseefischerei-Mittelschiffahrt „Trave“ wird noch Ende dieses Monats zu Wasser gelassen.

Kindergärten. In der inneren Stadt (Hartenstraße) und in der Vorstadt St. Gertrud (Marckstraße) sollen zwei weitere Kindergärten eingerichtet werden. Die Kleinkinder (zwischen 3 und 6 Jahren) sollen in Spiel und Freude ihre jungen Kräfte entfalten lernen, und zwar durch Bauen und Ausschneiden, durch Malen und Zeichnen, durch Singen und Erzählen, durch Laufen und Kreiseln. Kurz durch alles, was der junge Geist und Körper auf dieser Stufe zu seiner Entwicklung braucht. Zur Dedung der Unkosten ist ein Einrichtungs-geld von 5 Mt. die Woche, 20 Mt. im Monat, nötig. Die Kindergärten werden geöffnet sein von 8 bis 12 Uhr vormittags. — Anmeldungen werden entgegengenommen im Jugendamt, Parade 1, 2. Stod., Zimmer 14, ferner von den Säuglings- und Kleinkinderfürsorgeschwestern, den Waisenträtern, den Geistlichen der Bezirke und den Gewerkschaften. Bei genügend Anmeldungen ist Eröffnung Anfang April in Aussicht genommen.

Erhebung weiterer Bestattungsgebühren. Einem Antrage der Friedhofbehörde folgend, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß mit Wirkung vom 1. April 1921 ab: 1. die vom 12. April 1920 festgesetzte Gebühr für die Ausgrabung und Verlegung oder die Ueberführung von Leichen oder Urnen auf 120 Mark festgesetzt werde, die für Kinderleichen bis zu 40 Mark herabgesetzt werden kann; 2. für die Aufbewahrung von Urnen in dem Krematorium über 3 Monate hinaus eine Gebühr von 10 Mark für jeden ansehnlichen Monat erhoben werde; 3. für Auskunft aus den Gräblichern und Nachweisung von Gräbern für jedes in Frage kommende Grab eine Gebühr von 1 Mark erhoben werde.

Einem roten Sonntag wollen die hiesigen Kommunisten am 20. März veranstalten.

Volkshochschule. Am Sonnabend, dem 19. März, abends 8 Uhr, findet der letzte der sich so großer Beliebtheit erfreuenden Sonnabend-Vorträge der Volkshochschule im Johanneum statt. Herr Professor von Lütgendorff wird über zwei Lübecker Mäler, die am Anfang und am Ende des 19. Jahrhunderts eine führende Stellung in der deutschen Kunst einnahmen, Friedrich Overbeck und Gottardt Rühl sprechen, ihr Leben und ihre Entwicklung schildern und zugleich ihre Kunstwerke in Lichtbildern zeigen.

Gewerbeschule. Nachdem die Vorschriften zur Regelung der Ausbildung weiblicher Handwerker im Bereich der Gemeindefürsorge Lübeck auch die Wäschschneiderei ausgedehnt worden sind, müssen nunmehr auch sämtliche Lehrkräfte in der Wäschschneiderei die Gewerbeschule besuchen. Ihre Anmeldung hat bei der Direktion der Gewerbeschule (Domtkirchhof 8) zu erfolgen. (Siehe auch Inserat).

Stadttheater. Freitag Wiederholung von „Byzanz“. Sonnabend „Der Doppelselftmord“ und russisches Ballett mit eigenem Balalaikaorchester, bestehend aus 20 Mitgliedern. Sonntag nachm. russisches Ballett, abends „Liedland“, mit Herrn Günther Richter-Sohn aus Berlin als „Wedro“ und Frau Dierfel aus Elm als „Martha“. In den Kammertheatern „Flamme“. Die Freitagvorstellung in den Kammertheatern „Am Teutich“ ist heute bereits ausverkauft.

Neckel-Mendorf. Der Sozialdemokratische Verein stellt am Sonnabend im Vereinslokal seine Monatsversammlung ab. Genosse Reischerger Lübeck hielt einen Vortrag über: „Die soziale Gesetzgebung, wie sie ist und wie sie sein soll.“ Einleitend auf das Sozialistengesetz und dessen Wirkung hinweisend, schilderte der Vortragende die wichtigsten Punkte der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtspflege und gab einen Ueberblick über die notwendige Reform der Reichsversicherungsordnung. Eine Resolution über den Ausbau der sozialen Gesetzgebung wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurden noch sonstige interne Fragen eingehend besprochen.

Angrenzende Gebiete.

Möln. Neue Zustände scheinen in Möln bei der Firma Hoffmann u. Loeb, Ellengasse, zu herrschen. Tritt ein Arbeiter bei der Firma in Arbeit, so wird demselben nach einigen Tagen ein kleines blaues Buch vorgelegt. Dasselbe enthält mit Tinte geschrieben die Fabrik-Arbeitsordnung. Nachdem der Arbeiter diese durchgesehen, muß er sie unterschreiben. Was enthält nun diese Arbeitsordnung? Sie weist darauf hin, daß jeder Arbeiter nur ausnahmsweise eingestellt ist, und eine Kündigungseinfür beide Teile nicht besteht. Das Schönste aber an dieser Arbeitsordnung ist folgender Passus: Wird das Arbeitsverhältnis von seiten des Arbeiters gekündigt, so hat er kein Anrecht auf sofortige Auszahlung seines Lohnes; die Auszahlung erfolgt erst am folgenden Lohnstag. Ist dagegen die Firma das Arbeitsverhältnis, so erfolgt die Auszahlung sofort. Bei der Firma scheinen sich weder die Inhaber noch der Betriebsrat um gesetzliche Bestimmungen zu kümmern. Vor nicht allzu langer Zeit ist in dem Betriebe versucht worden, die Former zu einer 10stündigen Arbeitszeit zu bewegen, die Gießerer-Hilfsarbeiter hat man überhaupt nicht von diesem Ansinne in Kenntnis gesetzt. Das Ansehen wurde von den Formern rundweg abgelehnt. Der Vorgang zeigt, wie wichtig gerade in den kleinsten Betrieben die Stellung und Funktion des Betriebsrates ist, denn diese Kleinbetriebe versuchen immer wieder, ihre Arbeiter zum Durchbrechen des gesetzlichen Achtstundentages zu bewegen. Besonders wird auf Werkstätten gedrängt. Derartige Mißstände sind in vielen Betrieben Mölns zu verzeichnen. Hier sollte endlich das Gewerkschaftsamt eingreifen und im Interesse der Arbeitslosen das Ueberhörsindewesen beseitigen.

Hamburg. Das Minderern der Lüden im Juni v. J. in Warned bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Landgericht. Gegen 18 teils jugendliche männliche und weibliche Personen richtet sich die Anklage wegen Teilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung beim meenen Diebstahls oder Unterschlagung und Schererei. Von den Minderern werden sich zwei später vor dem Schwurgericht zu verantworten haben. An dem genannten Tage fanden in der Hamburger Straße in Warned Minderungen statt. So wurde ein Schuhgeschäft demnächst ausgeräumt und dem Besitzer ein Schaden von 74000 Mk. zugefügt. Nach der Verurteilung werden 5 Angeklagte wegen Landfriedensbruch zu 3 bis 8 Monaten, 3 wegen Unterschlagung zu 3 Wochen bis 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen 3 Angeklagten werden wegen Beweismangels freigesprochen.

Hamburg. Große Kundgebung gegen die Zwangsmilchwirtschaft. Von einer Verammlung der an der Milchwirtschaft beteiligten Berufskreise wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt: „Die heutige, von mehr als 3000 Wandwirten, Volkserfassen und Milchhändlern aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Hannover, Oldenburg, Lübeck und Mecklenburg besuchte Verammlung in Hamburg, Concert-Garten, stellt nach eingehender Aussprache fest, daß die öffentliche Bewirtschaftung von Milch und ihren Erzeugnissen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Sie ist bereits restlos zusammengebrochen und es besteht keinerlei Veranlassung, sie in irgend einer Form noch fortzuführen. Der Abschluß von Milchlieferungsverträgen auf freier Grundlage zwischen Erzeugern und insbesondere Erzeugervereinigungen und Bedarfsstellen (ausschließlich mit dem organisierten, konsolidierten Milchhandel) ist als zweckmäßig und praktisch durchführbar anzusehen. Voraussetzungen hierbei ist, daß die völlige Freigabe der Butterbewirtschaftung gleichzeitig zu erfolgen hat. Die Verammlung verlangt unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte dringend von der Reichsregierung, daß sie sofort eine entsprechende Regelung auf Grund freier Lieferungsverträge veranlaßt und im übrigen die freie Bewirtschaftung der Milch und ihrer Erzeugnisse zum 15. Mai d. J. zuläßt. Andernfalls ist zu erwarten, daß die Milchproduzenten, Volkserfassen und Milchhändler sich solidarisch erklären und die Vorkehrungen für eine solche Regelung von sich aus treffen und aller Voraussicht nach dann auch geschloßen durchführen werden.“ — Das ist deutlich und zugleich froh. Durch die Milchlieferung der Milch und Butter führen die Landwirte den Zulassungsbuch der Zwangsmilchwirtschaft selbst herbei, um das Volk noch mehr ausbeuten zu können. Dann stellen sie einfach ihre Forderungen. Wenn dann die Regierung sich ihren Wünschen nicht fügt, so handeln sie selbständig. Herrliche Zustände: die Arbeiter diktieren.

Cuxhaven. Abbau auf dem Flugplatz Nordholz. Die Sprengarbeiten auf dem Flugplatz Nordholz sind in vollem Gange. Es bleibt nur die große drehbare Halle „Nobel“ stehen für einen etwaigen späteren internationalen Luftschiffverkehr. Zwei Hallen werden abgebaut und bleiben zur Verfügung des Reiches.

Meldorf. Ein schweres Unglück ereignete sich bei Meldorf, wo der von Hamburg kommende Zug gleich nach seiner Abfahrt einen jungen Mann überfuhr, dem der Kopf zertrümmert wurde. Der Unglückliche war bereits von der Lokomotive und 8 Wagen überfahren, als der Zug zum Halten gebracht werden konnte.

Wittrow. Nachträgliches zum Rapp-Tutjch. Das Schwurgericht verurteilte gegen 7 Arbeiter wegen Totschlag verurteilt. Sie sollten beim Rapp-Tutjch auf einen Gutsbesitzer geschossen und denselben leicht verwundet haben. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, worauf Freisprechung erfolgte.

Hatzburg. Eine Justizaktion gegen demonstrierende Arbeiter. Als die Wucherpreise der Kartoffeln, unter denen wir heute schwer leiden, erst drohten, zogen einige Hundert Hatzburger Eisenbahner über Land. Durch ihren Auszug wollten sie kundtun, wie viele unter der drohenden Kartoffelnot litten. Die Bauern sollten gemahnt werden: Tut eure Pflicht! Wuchert nicht! Helft den Städtern! Beauftragte und Ausschüsse wurden in ruhiger Art vorstellt. Der berüchtigte Wucherer in Meßsen rüde aus — er hatte ein schlechtes Gewissen. Nachher schrie er um so toller: Erpressung, Bedrohung! Nun will man tatsächlich den „Anführern“ dieses Zuges den Prozeß machen, und zwar auf Grund des § 268 des Strafgesetzbuches, des bekannten Erpresserparagrafen. Wir stellen fest: Die Bauern hatten Brotkrümchen, Kartoffeln, alle Lebensmittel zur Hand, um höhere Preise zu erpressen. Sie drohten die Städte täglich, nämlich mit dem Verbrechen der Ausbeutung. Wegen Erpressung — auch der Versuch ist strafbar — ist keiner befangen worden. Und doch ist das ganze Treiben der großen Lebensmittelherzeuger eine fortlaufende Erpressung. Diese Erpressung wird nicht verfolgt. Die Rapp-Verbrecher laufen freierum. Die Kriegsverbrecher sind immer noch frei. Die „Anführer“, die „Führer“ eines Zuges von Arbeitern, die hinausziehen, um für Tausende von darbenenden Arbeitskollegen in der Stadt zu wirken, die ausziehen, um zu erreichen, daß ihren unterernährten Frauen und Kindern wenigstens Kartoffeln zu erschwinglichen Preisen geliefert würden, die verurteilt, die Verurteilung zu weilen, gegen die Erpressung, gegen die Bedrohung, gegen den Wucher sich kehren — sie sollen verfolgt werden wegen Erpressung und Bedrohung! So will es das Recht!?

Oldenburg. Landtag. Am Donnerstag beginnt im Verwaltungsausschuß die zweite Lesung der Gemeindevorordnung. Sie wird naturgemäß nicht mehr vor Ostern zu Ende geführt werden können. Der Wiederzusammentritt des Landtages wird voraussichtlich am zweiten Dienstag nach Ostern erfolgen. Eine ganze Reihe von Arbeiten bleibt vor dem Feste unerledigt, u. a. die Viehsteuer, an deren Stelle, eine Gebäudesteuer in Verbindung mit dem Reichsmietengesetz treten soll.

Neueste Nachrichten.

Der Bankrott des polnischen Staates.

III. Kattowik, 18. März. Die in Kattowik erscheinende „Gazeta Rudowa“ vom 15. März Nr. 61 enthält folgende Bekanntmachung:

„Aus für uns unbedürftigen Gründen stellen wir mit dem heutigen Tage die Entgegennahme von Depositionen in polnischen Valuta ein. Eine Veränderung dieses Entschlusses wird zur rechten Zeit bekanntgegeben.“

Beuthen, den 8. März 1921. Bank Rudowik. Die Vorstandsmitglieder der Bank Rudowik in Beuthen erkennen hiermit den Bankrott des polnischen Staates vor aller Öffentlichkeit an. — Die polnische Volksbank in Gletwick nahm schon vor vielen Wochen keine polnischen Gelder mehr entgegen und wogert sich, das für deutsche Geld einzuwechseln.

III. Breslau, 18. März. Wie der „Schlesischen Zeitung“ von gut unterrichteter Seite aus Polen mitgeteilt wird, hat die polnische Regierung infolge des Sinkens der polnischen Valuta die Barzahler Worte geschloßen. Die großen Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen. Die deutsche Mark steigt.

Keine Einigung über die Einwohnerwehrfragen.

III. Frankfurt a. M., 18. März. Die bisher unter den Fraktionen geführten Besprechungen wegen des Einwohnerwehrgesetzes haben, wie es scheint, noch keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten eröffnet, die der rechtzeitigen Verabschiedung des Gesetzes entgegenstehen. Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei lehnt nach wie vor die Zustimmung zu dem Gesetz ab. Auch für den demokratischen Vermittlungsantrag hat sich bis jetzt noch keine Mehrheit gefunden. Unter diesen Umständen dürfte es, wie der „Frankf. Jtg.“ aus Berlin gemeldet wird, ausgeschlossen sein, daß das Gesetz noch vor Beendigung des gegenwärtigen Tagungsabschnittes zu Ende kommt, wenn nicht die Reichsregierung in letzter Stunde ihre ganze Autorität für die beschleunigte Erledigung des Gesetzentwurfes in die Waagschale wirft. Eine Einigung scheint aber innerhalb der Reichsregierung umso weniger zu bestehen, als offenbar auch innerhalb der beteiligten Reichsressorts keine volle Uebereinstimmung über die Tragweite und den notwendigen Umfang der ganzen gesetzgeberischen Aktion besteht.

Die Explosion in Ingolstadt.

III. München, 18. März. In dem schweren Explosionsunglück in Ingolstadt, das sich in den Bayerischen Stickstoffwerken auf dem Exzerzierplatz ereignete, wird noch mitgeteilt: In einem Munitionsschuppen, in dem eine große Anzahl Arbeiter mit dem Entladen von Granaten beschäftigt war, entstand auf bis jetzt noch unangeklärte Weise beim Zünderauslösen eine Explosion, die den ganzen aus Stein gebauten Komplex in die Luft sprengte. Bis 12 Uhr waren 10 Tote geborgen. Die Zahl der Verletzten beträgt ebenfalls 10. Einige Tote befinden sich noch unter den Trümmern. Man ist zurzeit mit dem Beseitigen der Trümmer beschäftigt. Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl der Getöteten 14. Zwei Personen liegen noch unter den Trümmern, diese sind schwer verletzt.

Polen braucht Lebensmittel.

III. Prag, 17. März. Die Prager „Tribuna“ meldet aus Krakau: Nach einer in der „Gazeta Paronna“ veröffentlichten Untersuchung mit dem polnischen Ernährungsminister wird es notwendig sein, sich auf schwere Lage vorzubereiten. Es ist unbedingt notwendig, den Bedarf an Lebensmitteln einzuschränken, denn Polen kann sich nicht selbst ernähren. Der Minister glaubt, daß trotz des schlechten Standes der polnischen Valuta Getreide aus dem Ausland angekauft werden kann, da die Preise in Polen zweimal so hoch sind wie die Weltmarktpreise.

Kronstadt von den Bolschewisten genommen.

III. Riga, 17. März. Der Rigaer Sowjetvertreter Hanzhyn brachtet Tschischerin, daß Kronstadt von den roten Truppen eingenommen worden sei.

Austritt Bonar Law.

III. London, 18. März. Bonar Law ist aus Gesundheitsrücksichten aus dem Kabinett ausgeschieden. Er hat beschlossen, sich auch aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Bonar Law, seit 1912 Führer der Unionisten und Leiter des Unterhauses an Balfours statt, hat in den letzten Jahren als Inhaber verschiedener Portefolios, u. a. als Finanzminister und Kolonialminister dem Kabinett angehört.

Verantwortlich für den politischen und allgemeinen Teil: Dr. J. Leber. Für die Rubrik „Freistaat Lübeck“: August Schütz. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinz, Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co.

Wieder den Beweis höchster Leistungsfähigkeit

erbringt unsere mit vornehmstem Geschmack
zusammengestellte Auswahl neuer

Frühjahrs- und Sommer-Kleidung

zu Preisen, die wohl jeder Dame, auch
der sparsam rechnenden, erschwinglich.

Aber wir müssen um Ihren Besuch bitten!

Können wir Ihnen doch unmöglich durch Worte ein Bild unserer
reizvoll schönen Modelle geben und Sie von den Vorzügen unserer
Damen-Konfektion überzeugen. — Darum hier nur wenige Beispiele:

Frühjahrs-Kostüme ..	675.-	495.-	275.-
Frühjahrs-Mäntel	495.-	325.-	275.-
Frühjahrs-Kleider	595.-	390.-	290.-
Helle Sommer-Kleider	240.-	175.-	135.-
Kleider-Röcke	69.-	36.50	29.50
Schleierstoff-Blusen ..	98.-	48.50	39.50

Zur schönen Kleidung gehört elegantes Fußzeug

Von der Mode bevorzugt:

Spangenschuhe und graziöse ausgeschnittene Formen — Hochschaffstiefel, schwarz
und farbig, in allen feinen Lederarten — Praktische Halbschuhe zum Schütren.

Unsere Schuhwaren-Abteilung im ersten Stock
bietet Ihnen beste Qualitäten sehr preiswert.

Holstenhaus

Lübeck.

Orchester des Vereins der Musikfreunde.

Großes Volkstümliches Konzert

Konzertmeister **Markus Hornstein**
(Violine) (15081)

aus **Hamburg** als Gast
am **Sonnabend, dem 19. März, 7 1/2 Uhr,**
im **Gewerkschaftshaus.**

Vorverkauf bei **Basson, Zigarrengeschäft, Becker-**
straße 49, in den Warenabgabestellen des Konsumvereins
und im **Gewerkschaftshaus. Eintritt 3.50 Mk.**

Verein „Fritz Reuter“, Lübeck

Gesangs-Abteilung.

Sonnabend, den 19. März:

Gründungs-Fest.

Konzerthaus Flora.

Les geht bei Stock 47.

Herrn 4 Mark, Damen 3 Mark.

15086)

De Borchard.

Luisenlust
Morgen: **Großer Ball.**

Kammer-Lichtspiele

Königstraße 25.

Königstraße 25.

Morgen Sonnabend

das große Eröffnungs-Programm

Anfang 4 Uhr.

Kassenöffnung 3 1/2 Uhr.

Großer Empfang durch

„Präsident Barrada“

der in dem gleichnamigen Monumentalfilm durch **Michael Bohnen** verkörpert wird.
Michael Bohnen ist der bekannte und beliebteste Hauptdarsteller in „Die Herren
der Welt“, der vielen Lübeckern durch sein Gastspiel im Lübecker Stadttheater
noch in Erinnerung sein wird. (15087)

Glänzendes Beiprogramm.

Preis-Stat

Sonnabend 7 1/2 Uhr
Restaur. Johs. Jürgs,
Engelsgrube 59. (15088)

Vollstschule.

Sonnabend, d. 19. März,
abds. 8 Uhr, im Johanneum.
Vortrag: Kunstmaler Prof.
v. Lütgendorf über Friedrich
Overbeck und Gotthardt
Kühl, zwei Lübecker Maler.
Eintritt f. Hörer frei; Nicht-
hörer Mk. 1.—. (15104)

Hansa-Theater

Heute (Ab. Serie II) 7 1/2:
Die Faschingstee. (15081)

Sonnabend 7 1/2:

Das Hollandweibchen.

Sonntag 7 1/2:

Fräulein Puck.

Stadttheater Lübeck.

Freitag, Abt. C und 16.
Vorst. im Schauspiel. Abonn.
Phygmalion. 7.80. (15084)
Sonnabend. Nachst. B u. 15.
Vorst. i. Schauspiel. Abonnem.
Doppelstern und
Ruffisches Ballett. 7 Uhr.
Sonntag. Ruffisches Ballett
m. eig. Balletor.-Orch. 8 U.
Tiefwand. 7.80 Uhr.

Kammerspiele.

(Fünfhäuten)
Sonntag. Flamme. 7.80 U.

Die Grundschule gesichert.

Vor rund zwanzig Monaten hat die Reichsverfassung dem deutschen Volke die organische Ausgestaltung seines öffentlichen Schulwesens feierlich versprochen. Vor rund zehn Monaten ist das erste Reichsschulgesetz erschienen, das in Erfüllung dieses Versprechens die ersten vier Schuljahrgänge zu der für alle gemeinsamen Grundschule erklärte, auf der sich auch das mittlere und höhere Schulwesen aufbaut. In vorläufiger Form trat es im Gegensatz zu einer sofortigen Aufhebung der Vorschulen für einen allmählichen Abbau ein und forderte nur die Vollendung dieses Abbaus der öffentlichen Vorschulen bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 1924/25. Nach dem klaren Wortlaut dieses Gesetzes durften zu Ostern 1921 unter keinen Umständen mehr Schüler in die unterste Vorschulklasse aufgenommen werden. Die Wirklichkeit aber zeigte ein anderes Bild: die Direktoren vieler höherer Schulen ließen Aufforderungen zur Anmeldung wie früher hinausgehen; in einem Schreiben an den Städtetag wurde der Abbau ins Belieben der Städte gestellt, und die preussische Staatsregierung sahste am 28. Januar 1921 gegen den Willen des Unterrichtsministeriums den Beschluß und erneuerte ihn im Februar noch einmal, das Grundschulgesetz bis zur Klärung der gesetzlichen Fragen einstweilen nicht durchzuführen. Die wahren Gründe des Bremsens und des Stoppens hielten sich schamhaft zurück und drängten die finanziellen Gründe in das Licht der Öffentlichkeit.

Das Mähen war umsonst. In der Bevölkerung erhob sich ein Sturm gegen die Sabotage eines klaren und fortschrittlichen Gesetzes. Auf einer gewaltigen Kundgebung des preussischen Lehrervereins gaben Reichsministerium des Innern und preussisches Unterrichtsministerium amtliche Erklärungen ab, daß sie sich um die Durchführung des Grundschulgesetzes trotz aller Hindernisse mit voller Kraft bemühen wollten. Der Erfolg dieser Arbeit ist eingetreten: das Reichsministerium hat die finanzielle Frage in der Weise gelöst, daß das Reich zwei Drittel der entstehenden Kosten übernehmen will, so daß die Länder nur ein Drittel zu tragen haben. Auch im preussischen Staatsministerium hat sich der Finanzminister mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Der Weg ist also frei! Es müssen nunmehr alle schon erlassenen Anordnungen rückgängig gemacht werden, das Reichsministerium muß sofort die erforderlichen Ausführungsbestimmungen hinausgehen lassen und gegen jede Uebertretung dieses Gesetzes mit aller Entschiedenheit einschreiten. Da diese reichsministeriellen Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen sind, hat das preussische Unterrichtsministerium am 2. März 1921 besondere Bestimmungen über die planmäßige Aufhebung der Vorschulen erlassen. Die Grundschule ist gesichert!

Eigentlich ist die klare und eindeutige Befolgung eines Reichsgesetzes eine Selbstverständlichkeit. Wer aber die Hindernisse kennt, die natürlichen sowohl wie alle die anderen, die man wie Steine und Klöße auf den Weg zu packen versucht hat, der weiß, daß hier im Kampf der Weltanschauungen der Fortschritt einen wenn auch so kleinen Sieg davongetragen hat. Es pfliffen die Spähen schon jubelnd das Weiterbestehen der Vorschule und den Zusammenbruch der Einheitschule von den Dächern; man trug Hülfschritte mit einem einer besseren Sache würdigen Eifer zusammen, um das gesamte fortschrittliche Schulprogramm mit allen Entwürfen und Plänen fröhlich zu verbrennen: nun hat der Volkswille die Spähen vertrieben und die Scheite zerfchlagen, nun hat er dem Gesetze sein Recht gegeben und der Schulreform die Straße wieder frei gemacht. So liegt in der Durchführung des Grundschulgesetzes mehr als die Verwirklichung eines an sich geringen Fortschritts, es ist ein Sinnbild für den Sieg der Schulreform gegen die Mächte der Beharrung, ein Zeichen zugleich, wie auch alle andern Hindernisse mit Tatkraft und starkem Willen zum Teufel gejagt werden können und müssen.

Die Anklagen v. Kessels.

In dem gegenwärtig in Berlin zur Verhandlung stehenden Prozeß gegen den Hauptmann v. Kessel erhob dieser schwere Anklagen gegen Noske, Weismann und Ernst. Auf eine An-

frage des Verteidigers erklärte v. Kessel: „Ich habe Marloh nicht nur wiederholt zur Flucht geraten, sondern ich habe Marloh geradezu zur Flucht gedrängt. Kessel gab dann eine Schilderung der Kämpfe mit der Volksmarineinführung im Marstal und seine Bemühungen um die Wiederherstellung der Ordnung und erklärte, daß zuletzt über 1100 Mann verhaftet habe. Seine Staf-fel wird gegründet in den letzten Tagen des Märzauftandes. Wirklich war ich der Brigade Reinhardt unterstellt; meine Weisungen bekam ich aber direkt vom Oberkommando Noske. Dann wurde das Garde-Kavallerie-Schützenkorps be-gegründet, dem ich als selbständige Staffel angegliedert war. Der eigentliche Leiter des Korps war Hauptmann Papst. — Vorf.: „Wissen Sie, wo Hauptmann Papst sich jetzt aufhält?“ — Angekl.: „Das kann ich wirklich nicht sagen.“ — Vorf.: „Haupt-mann Papst ist einer der Herren, die seit dem Kapp-Putsch gesucht werden.“ — Angekl.: „Ich hatte Weisung, in enger Fühlung mit Polizeipräsident Ernst vorzugehen. Meine Aufgabe war vor-wiegend eine polizeiliche geworden. Im Februar hat die Staffel den Notensoldatenbund in der Weberstr. ausgehoben und die Organisati-on zerfchlagen. Das hat uns sehr viel Blut erspart. Dadurch würde ich bekannt. Als im März der Aufstand ausbrach, wurde ich zum Oberkommando Noske befohlen und erhielt den Auftrag, die Kommunistenführer in Schutzhaft zu nehmen und die „Kote Fahne“ zu besetzen. Es gelang mir, die Parteizentrale und das ganze Material zu beschlagnahmen. In Zusammenarbeit mit Staats-anwalt Zumbroich wurden 180 Kommunistenführer verhaftet. Auf direkten Befehl des Oberkommandos Noske ist auch das Unter-nehmen Marloh in der Französischen Straße zurückzuführen, und auch da wurde uns in einer genauen schriftlichen Anweisung gesagt, es handele sich um einen angeblichen Löhnungsappell mit der tat-sächlichen Absicht, den kämpfenden Regierungstruppen in den Rücken zu fallen. Es sollten die Räubelführer festgenommen wer-den, und es wurde gesagt, der angebliche Löhnungsappell sei auszuheben. Ich habe Marloh für dieses Unternehmen nicht aus-gesucht. Das Unglück wollte es, daß an dem einzigen Tage, wo ich nicht in Berlin war, von oben her der Befehl kam, Ober-leutnant Marloh, der auf der Liste als ältester Offizier stand, das Unternehmen in der Französischen Straße zu übertragen. Dieser Befehl der Brigade Reinhardt vom Abend vorher hatte mich nicht erreicht, weil ich nachweislich nicht in Berlin war. Als ich am nächsten Tage auf das Bureau kam, wußte ich nicht, daß Marloh in der Französischen Straße war. Es herrschte größte Aufregung. Ich hatte mich noch nicht an den Schreibtisch gesetzt, als Oberst Reinhardt ins Zimmer trat und mir einen Befehl gab, nach dem rückwärtslos von der Waffe Gebrauch gemacht werden sollte, wenn der Angeklagte in Not ist. Marloh hatte Hilfe verlangt, ich konnte ihm aber keine schicken und Oberst Reinhardt sagte, er müsse sich selbst verteidigen. Den Befehl habe ich befehlsgemäß an den jetzigen Schwager Marlohs Leutnant Wehmeyer weitergegeben. — Vorf.: Es mußte Ihnen klar sein, daß das, was Sie Wehmeyer sagten, er solle rückwärtslos durchgreifen, ein schwerwiegender Befehl war. — Angekl.: Dieser Ton war in allen Befehlen, die ich bekam. Auch der bekannte Schießbefehl des Oberkommandos Noske atmete ja denselben Geist, rückwärtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Ich war in diesem Falle lediglich der Zwischenträger. — Vorf.: Nun sagt Wehmeyer, Sie hätten ihm befohlen, Marloh solle rückwärtslos durchgreifen, und wenn er 150 Mann erschließen müßte. — Angekl.: Wenn ich Wehmeyer dieses Wortlauts einflüstert, so wird es wohl richtig sein. Das entsprach auch der damali-gen Situation und Auffassung. — Eine längere Erörterung knüpft sich an die Vorkhaltung des Vorliegenden, weshalb Kessel im Mar-lohprozeß seine Aussage verweigert hatte, nachdem er den Tat-bericht über die Erschießung nachträglich eingereicht hatte. Der Angeklagte erklärt, er glaube, daß eben dieser Bericht von dem Oberleutnant Hoffmann übergeben sei und er sich nicht für befugt gehalten habe, diesen nachhaftig zu machen.

Vom Vorliegenden befragt, ob dem Angeklagten ein Artikel der „Freiheit“: „Gute Zeiten für Mörder“ bekannt gewesen sei, erklärte Kessel: „Jawohl! Ich habe über diesen Punkt früher nichts gesagt. In der letzten Verhandlung habe ich auf vieles Drängen Hauptmann Papst genannt und gesagt, daß er verlangt habe, Marloh müsse weg. Ich muß nun aber zu meiner Verteidigung erklären, daß ich auf Rat und Wunsch älterer politisch erfahrener Leute gehandelt habe. Ich war abhängig von der Garde-

Schützendivision und hatte täglich vom Polizeipräsidenten Ernst und Staatsanwalt Weismann Aufträge zu holen. Hauptmann Papst sagte mir nach dem Artikel wiederholt: ein Marlohprozeß sei in jeder Situation unmöglich. Er war der Meinung, daß es sich um ein wohlüberlegtes System der Unabhängigen gegen das Schützenkorps handele, das einen festgefügten Schutz gegen alle Ausstandsbewegungen bildete. Man hatte versucht, die Truppe mit fremden Elementen zu durchsetzen. Als das nicht gelang, schickte die Angrieffe ein. Papst befürchtete, daß das Korps auseinandergerissen würde und daß der Marlohprozeß von jener Seite nur gefordert würde, um gegen die führenden Stellen zu gehen. Er hat mir das wiederholt gesagt. Ich habe mich nicht leicht entschlossen, dem sehr schwierigen Marloh damit zu kommen, er solle sich entfernen. Papst ließ mir keinen Zweifel, daß er mit Noske auch darüber gesprochen hatte, daß der Marlohprozeß nicht stattfinden dürfe, und ich zweifelte nicht, daß Noske derselben Ansicht war und daß Papst ebenso bebrängt würde wie ich von ihm. — Ich habe mich immer nur als Offizier gefühlt. Alles, was in den Zeitungen stand über meine politischen Ziele im Kapp-Putsch und meine politischen Beziehungen zu Papst, ist Unfug. Mir fehlte als jungem Offizier die Erfahrung, politische Dinge zu beurteilen, und wenn mir gesagt wurde, der Reichswehrminister Noske wünsche es, so mußte ich glauben, daß es nötig sei. — Vorf.: Hauptmann Papst hat 1919 die Revolution von links befangen und 1920 die von rechts mitgemacht. Das wußten Sie damals nicht. Haben Sie Anhaltspunkte, ob es den Tatsachen entsprach, daß Noske das gesagt hat? Ich möchte wissen, ob auch andere Ihnen gesagt haben, Marloh müsse weg. — Angekl.: Ja. Alle Leute, die im politi-schen Leben standen, sagten mir daselbe. Ich will nicht alle Namen nennen, sondern nur meine drei Vorgesetzten. Es tut mir das leid, aber es ist zu meiner Verteidigung nötig. In erster Linie war es Erster Staatsanwalt Weismann. Es war ständig seine Redensart: „Kessel, den Marloh-Prozeß erleben wir alle nicht.“ Er hat mir die Tragweite des Marloh-Prozesses und seine politische Auswirkung ausführlich dargelegt. Als der Artikel erschienen war, sagte er mir: Jetzt hilft alles nichts, Marloh muß weg, anders läßt sich der Prozeß nicht vermeiden. Der damalige Polizeipräsident Ernst hat zu derselben Zeit, als Papst mit Noske gesprochen hatte, ganz klar daselbe gesagt. Erst als ich von allen Seiten getrieben wurde, daß ich als Marlohs Vorgesetzter das machen müßte, habe ich mich bereit erklärt. — Vorf.: Mit Noske haben Sie nicht gesprochen? — Angekl.: Nein, in der Zeit kam ich mit ihm nicht in Berührung. — Vorf.: Waren Zeugen bei diesen Gesprächen dabei? — Angekl.: Nach Rücksprache mit meinem Verteidiger möchte ich mich in diesem Augenblick über Einzelheiten nicht auslassen. Ich bin mir bewußt, daß ich es beweisen muß, und ich werde es beweisen. — Vorf.: Ich nehme an, daß Sie sagen wollen, Sie hätten auf Befehl Ihrer Vorgesetzten gehandelt. — Angekl.: Nein, wenn nichts weiter gegen mich vorläge, würde ich stillschweigend das auf mich genommen haben, aber den Vorwurf des Meineides kann ich nicht hinnehmen. Ich war der Auf-fassung, daß die Stellen sich miteinander besprochen hätten und daß v-Ne Einmütigkeit bestehe, daher glaube ich auch, daß gegen mich nichts gesehen könne, denn mein militärischer Vorgesetzter, der Herr Staatsanwalt und der Polizeipräsident wollten es doch. — Vorf.: Es ist Ihnen doch bekannt, welcher Sturm der Entrüstung nach der Flucht des Oberleutnants Marloh in der Öffentlichkeit einströmte. Hat das nicht hemmend eingewirkt? — Angekl.: „Das kann ich nicht sagen, denn trotz der Freisprechung der Offiziere hörte die Hege gegen das Korps doch nicht auf.“ — Vorf.: „Als Jurist kann ich diese Ansicht nicht teilen. Ich glaube vielmehr, und mit mir werden es viele Leute tun, daß zunächst der Gerechtigkeit ihr Lauf gelassen werden mußte, namentlich bei einer so schweren Tat wie der Erschießung der 29 Matrosen. — Angekl.: Es handelte sich nicht um eine Verschiebung des Prozesses auf gewisse Zeit, aber damals war die Lage außerordentlich unsicher. Alle Stellen sagten, jetzt lasse sich der Prozeß nicht durchführen. Mar-loh müsse weg.“ — Vorf.: „Wußten Sie, daß ein Haftbefehl gegen Marloh erwogen wurde?“ — Angekl.: „Nein, dann hätte ich überhaupt in der Sache nichts mehr tun können.“ Marloh habe erklärt, in seinem Interesse liege das Weggehen nicht. Wenn er es tue, geschähe es im politischen Interesse, und es müßte dann für ihn gesorgt werden. Der Angeklagte habe ihm dann 100 000 Mark versprochen. — Vorf.: „Aus welchen Mitteln war das?“

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

88. Fortsetzung.

„Was ist Ihnen, Frau Blütenstern?“ fragte ich besorgt. Sie seufzte tief auf. „Lebendiger Gott!“ seufzte sie tief auf; „was ist der Mensch, daß du noch seiner gedenkst? Heute ist er frisch und gesund und übermütig und morgen —? Morgen steht er wie diese Fran-ziska aus! Nicht um einen Grat besser!“ „Sie haben das Kind wohl sehr verändert gefunden?“ „Verändert?“ rief sie tief schmerzlich. „Wenn Sie sagen möchten: verschmunden, das wäre ein Wort! Wer ‚verändert‘? das sagt gar nicht! Es ist ja gar nichts mehr von ihr vorhanden, als verweinte Augen und ihre blonden Köpfe! Wie lange ist es denn her, daß ich sie gesehen habe? Es ist mir aber vorge-kommen, als müßten darüber viele, viele Jahre vergangen sein!“ „Wie war ihr Benehmen, Frau Blütenstern?“ forschte ich weiter.

„Benehmen? Sie hat sich gar nicht benommen, Herr Lehrer. Weber wie sie mir der Herr Rat übergeben und zu ihr gesagt hat: ‚Du kannst jetzt gehen, Franziska! — noch wie ich sie nach Hause gebracht habe. Sie hat noch kein Wort zu mir gesprochen. Wie sieht das sich benehmen?“

Wir schwiegen dann beide eine geraume Weile, während welcher sie mit gerungenen Händen vor mir saß. Dann begann sie wieder in jenem eigentümlich klagenden Tone, wie ich ihn schon einmal und zwar am Totenbette ihres Kindes gehört hatte.

„Das erste, was ich getan habe, als ich sie nach Hause gebracht hatte, war, daß ich ihr zum Essen etwas vorgesetzt habe. Sie hat aber trotz alles Zuredens keinen Bissen anrühren wollen. Darauf, wie ich gesehen habe, daß alles nichts hilft, habe ich zu ihr gesagt: ‚Weißt du was, mein liebes Kind? Schlafen ist oft besser als Essen. Leg dich nieder, du wirst vielleicht schlüpfig sein!‘ Darin hat sie mir wirklich gefolgt. Ich hab' sie auf dem einzigen Kanapee, was ich in meiner Stube stehen habe, zur Ruhe gebettet. Wie ich aber nach einer halben Stunde zu ihr trete, um zu sehen, ob sie schläft, liegt sie da mit offenen Augen, und ich frage sie: ‚Warum schläfst du nicht, mein Kind? Kannst du nicht!‘ Da schüttelte sie den Kopf und blüht auf das Medaillon, das sie noch immer am Hals trägt. Da habe ich etwas in mir gehört. Sie dürfen mich aber nicht auslachen, Herr Lehrer. Was es aber ist, das weiß ich selber nicht.“

„Neben Sie immerhin, Frau Blütenstern,“ rief ich. „Man hat mir einmal erklärt,“ sagte sie, „das Wort bedeutet

soviel als Stimme vom Himmel. Warum? Das weiß ich nicht. Man meint aber, das, was man zu hören glaubt . . . das kommt wie von Gott selbst.“

„Ich glaube Sie zu verstehen, Frau Blütenstern.“ „Gut,“ sagte sie, „solch eine Stimme vom Himmel habe ich auch gehört, Herr Lehrer . . . denn mit einem Male — ich weiß noch jetzt nicht, ist mir der Einfall zuerst von Gott selbst gekommen, oder von wo anders her — ich sag' zu ihr: Franziska, warum ziehst du nicht das Medaillon aus? Es muß dich ja drücken, und darüber kannst du vielleicht nicht schlafen.“ Und sie — erst sieht sie mich mit ihren großen Augen an, dann zieht sie langsam, ohne ein Wort zu reden, das Medaillon aus und gibt es mir. Wie ich dann abermals nach einer halben Stunde zu ihr nachsehe, liegt sie im tiefsten Schlummer. Und seitdem schläft sie noch immer!“

21. Juli.

„Und seitdem schläft sie noch immer!“ Das Wort will mir nicht aus dem Kopfe! Und dabei frage ich mich stets: Was halt' du für das Kind getan, seitdem es ein Zufall in die Kreise meines Daseins geführt, was nicht hundert-mal durch das werktätige Eingreifen dieser jüdischen Mutter auf-gewogen wurde! Sie nennt das eine „Stimme vom Himmel“. Möglich, daß es solche Stimmen gibt, die unvermittelt, dem menschlichen Gehöre kaum erklärbar, zu Plänen und Entschlie-ßungen fortstreben, die sonst niemals cerevit, niemals zur Aus-führung gelangt wären! Ich aber glaube, das, was sie auf Rech-nung einer non „oben“ kommenden „Eingebung“ setzt, war und ist nichts anderes, als was in ihr selbst liegt, seitdem ihr erster Säugling die Augen zu ihr aufschlug!

„Und seitdem schläft sie!“ „Nicht es nicht, als ob diese Frau an einen Zauber dachte, der in diesem Medaillon einwirkte war? Und ich, ich wäre fast neidisch, diesem Anarisse auf die Gehehe des gelunden Men-schenverstandes Abfindungs auszusprechen, weil es mir wohl tut, daran zu glauben, daß wo alles schweig, alles sich totlos zuruf-fend, die „Stimme vom Himmel“ es war, die das schlummerlose Kind endlich in den Schlaf lullte!

23. Juli.

In den nächsten Wochen soll die Entscheidung darüber ge-troffen werden, wer unter den einhundertsechshundachtzig propi-letischen Raupen als „definitiver“ Schmetterling davonflattern soll, um sich auf irgend einen Lehrstuhl an einer unferer Schulen niederzulassen.

Seit Monaten haben sich Ortschulrat, Bezirkschulinspektor, Bezirkschulrat, Lehrerbekleidungskommission, Schullektion und so weiter im Schmeiß ihre Angelegenheit hemmt, viele Stunden ihres

Daseins daran gesetzt, damit das große Werk gelinge. Jetzt ist der Augenblick gekommen. Alles, was sich „provisorische“ Raupe nennt, liegt in mehr oder minder gespannter Erwartung da und sieht den kommenden Dingen entgegen: Hier und da vertritt sich eine solche Raupe zu den Machthabern des Tages, um ihnen in beweglicher Rede zu beweisen, wie himmelschreitend unrecht man ihr täte, wenn man sie auch diesmal in ihrem provisorischen Zu-stande belasse, und was sie für einen prächtigen „definitiven“ Schmetterling abgeben werde!

Das mag sehr klug und praktisch sein. Wenigstens behauptet dies mein Kollege Andreas, der es auch so gemacht haben will und mir anrät, ein Gleiches zu tun . . .

„Der Keller ist auf,“ lautet ein kluges Sprichwort unter den Bauern meiner Heimat, „aber der Most ist schlecht.“

Gerade jetzt, unter den kümmerlichen der letzten Zeit, habe ich an mir erfahren, daß mir zum wohlbestallten Schmetterling noch so vieles, vielleicht alles fehlt . . . Noch vor kurzem habe ich mich in dem Traume gewiegt, ich hätte den Stoff in mir und die Begabung, kein unehrenbürtiger Schmetterling auf den weiten Auen unseres Volksschulwesens werden zu können.

Heute ist dieser Traum verfliegen.

Mag mein Kollege Andreas in selbstzufriedener Behaulichkeit sich rühmen, daß er früher als andere seinen Raupenzustand be-ehndigt — ich frage heute fast kein Verloranen danach!

Ich fürchte, mein Mütterchen im Mühloviertel, dein Traum vom „definitiven Schmetterlinge“ wird sich noch lange nicht er-füllen! Du mußt dich eben in Gebuld fassen. Manchmal kommt es mir vor, als wäre ich wieder in den Winter Schlaf zurückversetzt worden. Da liegt man irgendwo in dem Astloch eines Baumes als eingepackte Larve mit andern Farben zusammen, und Wind und Schnee, die um das Astloch pfeifen und wirbeln, haben gut zu sagen: Warte! . . .

25. Juli.

Die Zeitungen bringen heute das Wochenrepertoir der Schwurgerichtsverhandlungen, die im Laufe des nächsten Monats stattfinden werden.

Somit schenke ich dieser Aufruf keine Beachtung, heute ward ich gewollkom dazu gedrängt. Als ich nämlich heute morgen in meine Klasse trat, ging ein Gemüdel und Gezeife durch dieselbe, das zu auffallend war, um überhört zu werden. In der Nähe der großen Tafel stand eine Gruppe von vier oder fünf Mädchen; eines davon hielt ein Zeitungsblatt und schien soeben den anderen darans vorgelesen zu haben. Bei meinem Eintritt wollte sie es rasch herbergen; aber auf meine Aufforderung handelte sie es mehr neugierig, was ich dazu sagen würde, als ängstlich über einen etwa zu gewärtigenden Verweis, mir ein.

(Fortsetzung folgt.)

— Angekl.: „Ich verfluchte über die Summe nicht, es war mir das Geld zur Verfügung gestellt worden. Ich will aber darüber nicht auslagern, weil es nicht unbedingt zu meiner Verteidigung nötig ist. Das Ergebnis der Unterredung war, daß ich mit Maximal im Streit geriet und mir erregt auseinanderging.“ — Weis.: „Sie sollen gelacht haben, von jetzt ab haben Sie mich als Ihren Feind zu betrachten.“ — Angekl.: „Ich weiß das nicht.“

Das Urteil im Sonnenfeld-Prozess.

Der Prozess gegen Sonnenfeld und Genossen, der die Presse wochenlang beschäftigte, ist gestern, Donnerstag mittags, zu Ende gegangen. Der Prozess hat den Charakter der Reute beleuchtet, die sich nicht scheuten, der realistischen Presse monatlang mit Verleumdungen gegen sozialdemokratische Führer zu dienen. Vor Gericht standen die Beschuldigten, daß ihre Angaben aus den 51 Tagen gesungen seien, und nur der an den Tag gelegten Reue ist es zuzuschreiben, daß die Angeklagten mit verhältnismäßig geringen Strafen davonkamen. Der Hauptangeklagte, Ernst Sonnenfeld, wurde des schweren Diebstahls, Betruges und der gewinnthätigen Urkundenfälschung für schuldig befunden und zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Hermann Sonnenfeld, erhielt wegen Begünstigung in Tateinheit mit versuchter Erpressung eine Gesamtstrafe von einem Jahr und die Angeklagten Wulle und Herbst Sonnenfeld wurden wegen Begünstigung zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Rest der Angeklagten, die lediglich Mitwisser der Straftaten waren, wurden freigesprochen. Das Gericht rechnete die Untersuchungshaft der Verurteilten voll an.

Dieses Urteil gegen Verleumder, Urkundenfälscher usw. ist zugleich ein Urteil über die deutsche Reichspresse, die sich monatlang auf die Angaben der jetzt Bestraften berief, um sozialdemokratische Führer in der Öffentlichkeit zu mißcredulieren.

Arbeiterbewegung.

Tagung des internationalen Metallarbeiterbundes. In Bern hat am 15. d. M. das Zentralkomitee und der Exekutivauschuss des internationalen Metallarbeiterbundes, dem die Länder Amerika, Oesterreich, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Schweiz, Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Italien, Finnland, Polen, Ungarn und Holland mit 4 1/2 Millionen Metallarbeitern angeschlossen sind, zusammen. Als Hauptaufgabe kommen die Berichte über die Krise in den einzelnen Ländern, Lohnarbeit, Arbeitsverfälschung und ihre Abwehr, sowie eine Statutenrevision zur Verhandlung. Im weiteren sollen die wirtschaftliche und politische Lage, die durch die kriegsartigen Maßnahmen geschaffen wurde, sowie die Situation in der Gewerkschaftsinternationale erörtert werden.

Reich und Ausland.

Rassensaub bei Leopoldsdorf. Die „Hollische Zeitung“ meldet aus Leopoldsdorf: Zwei Rassenbeamtete der staatlichen Salzwerkverwaltung Leopoldsdorf führen gegen Mittaa nach Sierstabt um dort die Auslösung vorzunehmen. In der Nähe des Dopfenberges von Sierstabt sprangen plötzlich fünf Männer, die sich im Straßengraben verdeckt hatten, dem Gefährt entgegen, durchschnitten die Räder und verlangten mit vorarabälternen Revolvern die Herausgabe der Bücher und des Geldes. Angeführt der Uebermacht gaben die Beamten dem Verlangen nach. Es handelt sich um Gelder in Höhe von 70 000 Mk.

15 Personen durch eine Granate getötet. Auf dem Exzerzierplatz Ingolstadt wurden bei der Zerlegung von Munition 15 Personen durch eine explodierende Granate getötet.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 18. März.

Zur Aufhebung der Kartoffel-Zwangsbewirtschaftung wird mitgeteilt: Nachdem bereits im letzten Herbst die Kartoffelbewirtschaftung aufgehoben wurde, ist nunmehr durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auf der Verleihung mit Erzeugnissen der Kartoffeltraktorei und der Kartoffel-Fabrikation vom 1. April ab freigegeben worden. Zur Vermeidung von Schwierigkeiten in der Uebergangszeit wird die Befreiung der bisher von der Trodenkartoffel-Bewirtschaftung-Gesellschaft verpachteten Betriebe für eine gewisse Zeit aus den Befreiungen der Trodenkartoffel-Bewirtschaftung-Gesellschaft noch fortgesetzt werden. Gleichzeitig sind, um die Verwertung zur menschlichen Ernährung nicht geeigneter Kartoffeln nicht zu beeinträchtigen, die bisherigen, einschränkenden Bestimmungen über Verwertung von Kartoffeln in Trodenereien und Stärkefabriken aufgehoben worden.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck für Monat Februar 1921. (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.) Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes Ende Januar 119 182 Einwohner. Im Februar kamen 45 durch Geburtenüberschuss hinzu und 62 durch Weibermigration in Abgang, so daß die Einwohnerzahl sich um 14 vermehrte und Ende Februar 119 118 (115 444) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war folgende: Geburten 91 (122), Geburten 194 (224), Sterbefälle 148 (174), d. h. auf 1000 Einwohner für ein ganzes Jahr 82 (127) Geburten, 195 (233) Geburten und 147 (181) Sterbefälle. Unter den Geborenen waren 35 oder 18,0 Proz. (19 oder 8,5 Proz.) unehelich und 7 oder 3,6 Proz. (7 oder 3,1 Proz.) tot. Das Alter der Geborenen betrug in 29 (31) Fällen unter 1 Jahr und in 90 (47) Fällen über 70 Jahre. Die auf 1000 der Lebendgeborenen, aus denen die gestorbenen Säuglinge hervorgehen, berechnete Säuglings-sterblichkeit betrug 142,2 (188,6). Todesursache war je 18 mal Tuberkulose und Lungenerkrankung, 14 mal Krankheiten der Kreislauforgane und 11 mal Krankheiten der Atmungsorgane. Gemaltemen Todes erlitten 7 Personen und zwar 3 durch Selbstmord und 4 durch Vergiftung.

Der neue Gewerbeämter-Bereich für Lübeck und Umgebung hat in seiner letzten Mitgliederversammlung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: Der neue Gewerbeämter-Bereich protestiert aufs schärfste gegen die vom Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft gestellte Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer um 100 Prozent als eine einseitige, unerbittliche neue Belastung des vielfach schon jetzt mitleidenden lübeckischen Grundbesitzes. Sollte — was unseres Erachtens noch keineswegs feststeht — die von uns vorgeschlagene Grundsteuer als nicht mit dem Reueverrecht in Einklang zu bringen ansehbar werden, so behalten wir uns vor, gemeinsam mit dem Mietervereine weitere Vorschläge zu machen. Der neue Gewerbeämter-Bereich legt besonderen Wert darauf, gerade in dieser Steuerfrage mit dem Mietervereine gemeinsam Vorschläge zu machen, um dadurch am Ende zu bringen, daß die Hauseigentümer keinerlei Vorteile, sondern nur Nachteile von der gesetzgebenden Körperschaft fordern.

RH. Des Saubers und die Betrüger. Der Reichsverband des deutschen Handwerks schreibt: In Osnabrück ist eine große Anzahl falscher Arbeiter und Arbeiter in das Handwerk

als Beihilfe ein. Die Eltern dieser Kinder sind oft froh, nach langem Suchen eine Verstecke gefunden zu haben. Sie fragen nicht lange nach den Bedingungen, sondern gehen ohne weiteres auf jeden Vorschlag ein. Gar zu oft wird hierbei übersehen, daß nach dem Vorhandensein der Berechtigung zur Ansetzung von Beihilfen zu erkundigen. Alle Eltern, deren Söhne und Töchter ein Handwerk erlernen wollen, werden davor gewarnt, sie in solche Verstecke zu geben, deren Inhaber zur Beschäftigung von Beihilfen nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht berechtigt sind. Der Nachteil, der den Jugendlichen daraus erwachsen kann, besteht darin, daß die in solchen Verstecken zurückgelegte Lehrzeit nicht anerkannt wird, den jungen Leuten damit also insbesondere die Möglichkeit der Gelehenprüfung verlohren ist. Unachtsamkeit kann also schwere Schädigungen der jungen Leute nach sich ziehen.

Erhöhung der Wanderlagersteuer und der Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen. Auf Antrag des Reichsministers vom 28. Februar 1921 auf Erhöhung der Wanderlagersteuer und der Steuer für den Gewerbebetrieb im Umherziehen stellt der Senat die Entwürfe 1. eines Gesetzes über die Besteuerung der Wanderlager und 2. eines zweiten Nachtrages zum Gesetz vom 20. Januar 1878, betreffend die für den Gewerbebetrieb im Umherziehen zu entrichtende Steuer, zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Vorteile des neuen Gepäcktarifs. Der neue Gepäcktarif, der am 1. April eingeführt wird, bringt, abgesehen von der Erhöhung, verschiedene Vorteile für die Reisenden. Zur Verminderung von Kosten ist darauf aufmerksam zu machen, daß der neue Tarif den Reisenden noch wie vor zum 1. Juni vorgelesen ist. Ein Gepäckstück von 30 Kilogramm kostet jetzt auf eine beliebige Entfernung, selbst über 800 Kilometer, 9 Mk. Erweist sich das Stück als nur wenig schwerer, so springt der Satz bei einer Entfernung von 300 Kilometern und mehr von 9 auf 45 Mk. Auf 300 Kilometer Entfernung springt er in diesem Falle von 4 Mk. 60 Pf. auf 18 Mk. 60 Pf. Der neue Tarif befreit die Sprünge, indem er in Stufen von je 10 Kilogramm und den alten Entfernungsstufen steigt. Der Ertrag der Vorstufe durch drei Stufen von 10, 20 und 30 Kilogramm macht es möglich, kleinere Gepäckstücke zu billigeren Sätzen aufzugeben.

Stenographenverein Stolze-Schrey zu Lübeck von 1858 e. V. Aus dem Jahresbericht des Vereins über das 62. Vereinsjahr ist folgendes hervorzuheben: Die Bedeutung der Kurzschrift in der Volkswirtschaft wird durch die Schaffung einer Einheitsstenographie, die schon seit langem angestrebt, bisher aber nicht erfolgen konnte, noch wesentlich erhöht werden. Das System Stolze-Schrey hat sich indes durchaus bewährt und eignet sich infolge seiner leichten Erlernbarkeit ganz besonders für die Einführung in die Schulen, wie es denn auch kürzlich von dem zuständigen preussischen Ministerium empfohlen wurde. Der Verein hat es als seine Hauptaufgabe betrachtet, tüchtige Stenographen heranzubilden. 385 Uebungen wurden abgehalten und zwar für Erwachsene sowie für Knaben und Mädchen an vier Abenden der Woche. Sie wurden besucht von 7188 Mitglidern, durchschnittlich besser als im Vorjahre (19 gegen 17). Der Verein ist bestrebt, die Uebungen weiter auszubauen. Die Mitglieder zeigten erhellenderweise einen Aufschwung. Es wurden insgesamt 1683 Einzelanmeldungen gemacht. 45 Prozent der Mitglieder beteiligten sich am Vesen. Zur Prüfung der Leistungen der Mitglieder fanden fünf Wettbewerbe statt. Die Beteiligung war gut; die Leistungen sind im allgemeinen durchaus zufriedenstellend. Die Beurteilung der Leistungen wurde durch neue Wettbewerbe und Wettbewerbsbedingungen schärferen Bestimmungen unterworfen. Die Einrichtung eines städtischen Prüfungsamtes, wie es in mehreren Städten besteht, ist leider bisher hier in Lübeck nicht erfolgt. Die Rassenverhältnisse sind als günstig zu bezeichnen. Dank einiger außerordentlicher Zuwendungen konnten die Ausgaben in Höhe von 6545,16 Mk. durch die Einnahmen gedeckt werden. Eintrittsgeld und Beiträge wurden naturgemäß erhöht. Am Schluß des Berichtsjahres zählte der Verein insgesamt 482 Mitglieder.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Filmvorführungen in der Kirche. In Kiel hat kürzlich in der St. Jürgenskirche der erste Gottesdienst mit Filmvorführungen aus der biblischen Geschichte stattgefunden. Der Geistliche nahm in seiner Predigt Bezug auf die sich abrollenden Filmbilder. Die Kirche, infolge der Massenausritte sonst fast leer, war bis auf den letzten Platz besetzt.

Schwerin. Ehrung der heim. Kapp-Putsch Gefallenen. Einen Umzug durch die Stadt zum Friedhof veranstalteten Dienstag die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Schwerins. Die Menge zog unter Vorantritt einer Musikkapelle vom Luisenplatz zum Friedhof. Dort wurden die im Zuge getragenen 10 großen Kränze an den Gräbern der bei den Kämpfen vor einem Jahre ums Leben gekommenen Schweriner niedergelegt.

Sella. Sie weiß von nichts. Ein merkwürdiges Ereignis betraf eine hiesige Konfirmandin. Sie fühlte sich während des Konfirmanden-Unterrichts nicht wohl, wurde nach Hause geschickt — und dort von einem gesunden, 4 1/2-Pfund schweren Knaben entbunden. Das Ereignis gehört um so mehr zu den merkwürdigsten seiner Art, weil die junge Mutter nicht weiß oder wissen will, wie sie zu dieser Ueberraschung gekommen ist.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Dem Lübecker Ballspiel-Verein „Vorwärts“ von 1919 ist es gelungen, zum kommenden Sonntag, den 20. März (Vollmondtag) die 1b-Mannschaft der A. L. B.'s Lübeck zum Heimwettbewerb zu verpflichten. Das feierlich ausgetragene Wettbewerb gegen die Mannschaft in Lübeck endete mit dem Resultat 4 : 2 für Vorwärts. Lübeck wird alles daran setzen wollen, um die Niederlage wieder auszugleichen, insbesondere wo sie mit an der Spitze der 1b-Klasse marschieren. Das Spiel beginnt um 2 1/2 Uhr auf dem Kaiserhof-Friedenburger Allee. Vorher, um 1 Uhr spielt die II. Mannschaft gegen Schwartau I, während die III. Mannschaft um 1 1/2 Uhr ihr Heimspiel gegen Schwartau II austragen hat. Die IV. Mannschaft steht morgens um 9 1/2 Uhr der III. Mannschaft der A. L. B.'s Lübeck gegenüber.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Aufbruch“, Heft 1 in 2 Teilen für die Arbeiterjugend von E. A. Müller. Jugendverlag „Diene“, Magdeburg. Gr. 8. Preis 3 Mk. Das Aufbruchrecht wird durch den Verkauf von 10 Exemplaren erworben. Der Verfasser hat der Arbeiterjugend schon einige Bühnenstücke gegeben. Im Vorwort zu seinem frühlichen Stück „Spielmanns Schuld“ sagt er, es gelte die wichtige Theateraufgabe an der Jugendbewegung anzuschließen, der Jugend Spiele zu geben, die echtes Jugendleben zur Entfaltung bringen. Im „Aufbruch“ sucht er dieses Ziel in besonderer Art zu erreichen. Es ist kein Jugendspiel im eigentlichen Sinne. Hier steigt eine Linie auf zu einer tief gefühlten und heiß ersehnten Lebensauffassung junger und alter Sozialisten. Das Stück erhebt sich in keinem Drogenrausch und keiner Ekstase, sondern über das Liebhaber- und Begeisterer. Roll wirkt in dem Stück, Stimmungswort hat über, aus tiefen Quellen des Volksempfindens und der Jugendlust reichen fesselnde Stellen an. Stücke dieser Art lassen die Hoffnung aufblühen, daß durch unsere Jugend das Volkspiel, neu belebt, ein wertvolles Element neuer Geistesarbeit wird. Zum 1. Mai und zu Frühlingsfesten der Arbeiterschaft wird es ein geeigneteres Stück geben.

Von der „Gleichheit“ in Nummer 6 erschienen, die sich in der Hauptsache mit den Beiträgen auf Veränderung des § 218 des St. G. B. (Abtreibungsparagraf) beschäftigt. Der Leitartikel

von Clara Bohm-Schuch wird diese so wichtige Frage nochmals ausführlich behandeln. Nachdem von gewissen bürgerlichen Kreisen mit allen erdenklichen Mitteln gegen die Abänderung des Paragrafen gearbeitet wird, ist es unbedingt notwendig, daß unsere Genossinnen sämtlich dazu Stellung nehmen. Die Nr. 7 der „Gleichheit“ wird wieder als Propagandanummer herauskommen. Die Nummer wird verstärkten Umfang haben und außer guten Urteilen unserer bekannten Genossinnen aus den Gebieten der allgemeinen Politik, der sozialen Gesetzgebung, der Wohlfahrtspflege, der Erziehungsfrage usw. die Biographien einiger Führerinnen aus den Anfängen der sozialdemokratischen Frauenbewegung mit Bildnissen enthalten. Mehrere schöne Gedichte und Erzählungen werden dem Wunsch der Frauen nach Unterhaltung Rechnung tragen. Bestellungen sind an den Verlag der „Gleichheit“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, zu richten. Die Einzelnummer kostet 50 Pf. Organisationen erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Soziale Bauwirtschaft. Der einen schlagenden Beweis dafür sucht, daß mit der kapitalistischen Synthesepolitik einwärts gebrochen werden muß, daß schärfste Produktionskontrolle als Uebergangsmaßnahme zur Sozialisierung eine Hauptforderung des Tages ist, der lese den Aufsatz „Arbeitslosenunterstützung für Zementarbeiter“ in Nr. 5 der „Sozialen Bauwirtschaft“ (durch die Post bezogen monatlich 5 Mark). Im Rahmen dieser kurzen Besprechung sei nur die eine Tatsache angeführt, daß beispielsweise das Rheinisch-Westfälische Syndikat sogar den Miet-gehabten hat, die Einkommensteuer auf die Produktionspreise aufzuschlagen, um sie dadurch auf die Allgemeinheit abzuwälzen, während jedem Arbeiter und Angestellten die Steuern, genau auf Heller und Pfennig berechnet, abgezogen werden. Interessante Mitteilungen und eine instruktive Zeichnung erweisen die rücksichtslosen Maßnahmen des Syndikats gegen die Arbeiter, die eine wucherische Preispolitik ablehnen. Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem, das ohne alle Scham handelt, ist wirklich reif für die Sozialisierung. Mit diesem Gedanken schließt auch Richard Döhring seine instruktiven Ausführungen. Zur Beurteilung des Taylor-Systems, die in einem zweiten Aufsatz fortgesetzt werden sollen. Mitteilungsblätter, Wohnungsreformer, Gemeindevorsteher und Gewerkschaftler finden reiches Material in kurzen Abhandlungen über „die Wohnungspolitik des preussischen Wohlfahrtsministeriums“. Die Rubrik: „Freunde und Gegner“ zeigt den Kampf der kämpfenden Gemeinschaftsbewegung im Bauwesen gegen eine Welt von Unverstand und Egoismus. Die Zeitschrift darf in keiner Gemeindevorstellung, in keinem Gewerkschaftsblatt und in keinem Mieterverein fehlen.

Rosmos, Handwörter für Naturfreunde. Jahrgang 1921. Heft 1/2. Mit Buchbeilage 1: Werke, Anfänge der Naturbeobachtung I. Frühformen der Mechanik. Jährlich 12 Hefte und 4 Buchbeilagen. Preis vierteljährlich 7,50 Mk. Rosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, französische Verlagsanstalt, Stuttgart. — Mit diesen beiden Hefen des neuen Jahrganges zeigt der Verlag, daß er auf der alten anerkannten Höhe geblieben ist und weiter danach strebt, die naturwissenschaftliche Forschungs- und Betrachtungsweise in die weitesten Kreise zu tragen. Die Buchbeilage „Anfänge der Naturbeobachtung“, I. Frühformen der Mechanik (Preis für Nichtmitglieder des Rosmos geh. 5,20 Mk., geb. 7,80 Mk.), zeigt uns, wie die dauernde Freibehaltung der Hand, dieses natürlichen Unterhaltungszeuges, für die weitere Hebung der Menschheit unerlässlich war, und wie diesem Zwecke durch alle möglichen Mittel, vom Sammelbeutel der Urzeit bis zum Damentäschchen und Kuffel, und andererseits durch die verschiedensten Kindertragearten, gedient wurde.

„Die deutsche Volkswirtschaft.“ Eine Einführung von G. Gradnauer und R. Schmidt. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Preis br. 12 Mk., geb. 15 Mk. Das tiefere Eindringen der Allgemeinheit in die volkswirtschaftlichen Probleme ist heute eine unbedingte Notwendigkeit. Gar vielen wird deshalb ein Buch gelegen kommen, das in knapper Form eine Einführung in die deutsche Volkswirtschaft darbietet. Die beiden Verfasser haben sich weniger in theoretische Betrachtungen verengt, als vielmehr eine Darstellung der realen Tatsachen, der ökonomischen Entwicklung Deutschlands unter kritischer Würdigung vom sozialistischen Standpunkte gegeben. Der erste größere Teil des Buches enthält einen Geschichtsabriss der kapitalistischen Entwicklung von der primitivsten Art des Handwerks bis zu ihrer höchsten Form der Kartell- und Trustorganisationen, sowie auch der Entwicklung der Landwirtschaft, wobei die soziale Stellung der Bauern und der Landarbeiter eingehende Beachtung findet. Das Finanzkapital, der Börsen- und Bankverkehr, die Erklärung des gegenwärtigen Weltzustandes kommt als ein sehr aktuelles Thema in durchaus gemeinverständlich Weise zum Vortrag, wie auch, an ein interessantes Zahlenmaterial anknüpfend, die Preisentwicklung des Handels und des Verkehrs. In einem besonderen Kapitel wird die Berufsgliederung der Bevölkerung nach dem letzten Ergebnis der Berufs- und Gewerbebeziehung behandelt und in die Entwicklung der Städte, und in die Einkommen und Vermögensverhältnisse ein Einblick gewährt, um im Anschluß hieran die Massenbildung der Bevölkerung in ihrer sozialen und volkswirtschaftlichen Bedeutung darzulegen. Die Schlußkapitel sind der Kriegswirtschaft gewidmet. Sie zeigen die verheerenden Wirkungen des Krieges und wie freie Wirtschaft unzertrennbar mit dem kapitalistischen System ist.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 17. März.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		17. März.	18. März.
Holland	100 fl.	2172 1/2	2187 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1077 1/2	1080
Stockholm	100 Kr.	1432 1/2	1425
Kristiania	100 Kr.	102 1/2	101 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	162 1/2	162 1/2
Schweiz	100 Fra.	1095	1072 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	15 1/2	15 1/2
Budapest	100 K.	16 1/2	15 1/2
Prag	100 K.	82 1/2	82 1/2
Spanien	100 Pesetas	877 1/2	877 1/2
London	1 £	246 1/2	248
Paris	100 Fra.	443	442
Belgien	100 Fra.	481	482
Italien	100 Lire	238	235
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		68 1/2	62 1/2
do. briell. Ausz. od. Scheck		68 1/2	62 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 17. März 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Stb.
D.		Nordstern	Blumenberg	Rönigsberg	2		
S.		Leichter 80	Lohmüller	Rönigsberg	8		
D.		Ludw. Kolberg	Jacobson	Rodenbagen	18		
D.		Glaudine	Worboff	Heilingsborg	2		
S.		R. A. 6	Ginnut	Heilingsborg	2		
S.		Frehmarn	Schwenn	Burgitalen	8		
D.		Nordstern	Jörgensen	Ogdenkop	1		
D.		Dauwet	Rahnussen	Stockow	1		

Beim Einkauf von Bahnpulver und Zehnpulver verlangen Sie immer Nr. 23, wenn Ihnen Ihre Jahre lieb sind.

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller Jr. u. C. Capell, Markt 3, Kohlmarkt 12.

Neue Volksbühne, 44 Biedergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Restaurant „Hollstenkrug“, Hugo Boylen, Hollstenstr. 37. Telefon 8184.

Restaur. zur Markthalle. Rüche, Biere, Weine. Paul Richter, Mengstr. 8. Tel. 232

Café Bernhardt, Fadenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100. Fernruf 3288. Spez.: Tägl. frisch. Backw. u. ff. Bohnentafel. D. Kaffee.

Bodega-Weinstub. H. Bleienberg, Fieschstr. 14. Tel. 8088. Gute gepflegte Weine, Liköre und Rüche.

Reichels Kulmbacher Bierhaus. Inh.: D. Schneider, Fieschstr. 16. Tel. 497. Gut gepf. Biere, Weine u. Rüche

Restaurant u. Café, Königsstr. 41. Kaffee, Garten und Veranden, gute Rüche.

Fritz Derlien, Hüßstraße 107, Samen- und Futtermittelhandlung.

Großbude, Chr. Schütz, Tel. 3458, Königsstr. 93.

Fleischers Restaurant Gr. Burgstr. 57. Wohlkannnte Frühstückstube. Bürgerl. Mittagstisch von 12-2 Uhr, solide Preise.

H. Schill, Bierhalle Biedergrube 17.

Weine u. Spirituosen Joh. Fischer, Große Burgstraße 17.

Kretzlags Bierstube, Königsstraße 112. Güter Mittagstisch.

Labensmittel, Obst.

Fr. Klempau, Königsstraße 22. Obst. — Südfrüchte.

E. Christoffersen, Hollstenstraße 42. Fernsprecher 2345. Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee, Konserven und Marmeladen.

Fischhandlung H. P. Unger Hollstenstraße 21. Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Maggaard, Johannisstr. 13. Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Bild, Kaffee, Tee, Kakaohandlung, Jehl Mengstr. 24. Fernspr. 149. Geschäftsjett 8-1 u. 3-5.

Rostoder Butterhandlung Inh. Robert u. Dora Gündel. Biedergrube 9, Tel. 2084.

Karl Wunderlich, Fünfhäusen 18. Obst, Gemüse, Südfrüchte und Lebensmittel.

Ernst Boss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigaretten, Rauch- u. Aantabake. Große Burgstraße 59. Geschäftsprinzip: Gute Ware, solide Preise. Fernruf 410.

Walter Steinhagen, Fleisch- u. Fettwar.-Hdlg. Spez. Butter, Marg., Eier. Biedergrube 7.

J. Vorbed, Fleisch- u. Fettwar.-Hdlg. Schokoladen, Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik. Tel. 448. Begr. 1873.

Fleischhandlung, J. Witz Tel. 30. Fleischhauerstr. 15

C. Koeper, Kaffeeöl, Kolonialw. Königsstr. 75. Tel. 8915

Schäfer, Schwaibauer Allee 34. Papierwaren, Schulartikel * Bijouterien, Bilder * Konfitüren, Aates * Spezialität: Reichard-Schokolade * Hefe.

A. Maret, Konfektorei und Marzipanfabrik. Konfektion, Putz, Schuhe usw.

Paul Rosenkranz, vorru. Katharina Ruch, Putz- u. Modewaren, Telephon 8327, Sandstr. 2-4. Stets letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Holst, Markt 6. Herren-, Anaben-, Arbeiter-Galderoden und Schuhwaren, Manufaktur- und Aussteuer-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Joanna Marks-Wehrendt, Mühlentstr. 5. Fernspr. 2680. Erstes Spezialhaus für Hüte Formen wird schnell u. preiswert ausgeführt.

E. Graff, Hollstenstraße 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Mäße, Hüte und Mähen. 6716

Gustav Nagewik, Transport * Speidillon * Eogerung * Möbeltransporte * Kontor- und Lager-Schwärtauer Allee 99a * Fernsprecher 9944.



Aug. Trost & Sohn, Hollstenstraße 24. Hüte und Mähen. Spezialhaus für

H. Hornbogen, Königsstr. 71. Tel. 1010. Geschäft seiner Erfindungen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannisstraße 11. Herren-, Anaben-, Arbeiter-, Strumpfwaren, Anaben-Zuzüge etc.

Ulma Busse, Wahnstraße 18. Damen-, Anaben- und Kinderhüte in großer Auswahl. Umgeissen und modernster Schnellsteus.

Ferd. Kauffeld, Obere Wahnstr. 11. Mähen. Umgeissen für Herrenhüte.

Eisleben, Braunkstraße 30 32. Puhwaren. Groß- und Kleinhandlung.

W. Conguet, Altingenb. 3/4, l. Haus Koeppke, neb. St. Hambg. Etagegesch. Gr. Ausw. t. garn. Hüt. Umarb. u. pressen alt. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Hollstenstr. 8. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. — Billigste Preise.

W. Kamm, Johannisstr. 18. Korsetts jeder Art.

Herrengarderobe fertigt preiswert W. Treßau, Königsstraße 4-6, 11.

Küh Heine, Zigaretten. — Import. — Versand. Biedergrube 36. Fernruf 8472. Filiale: Schwönetenquerstr. 24. Empfehle mein reichhaltiges Lager feinsten Qualitäts-Zigaretten und Zigaretten, Tabake jeder Art, Hamburger, Bremer und Bänder Fabrikate, sowie Zigaretten in größter Auswahl. In- und ausländische Fabrikate zu äußerst niedrigen Preisen.

Die führende Firma der Branche: Fäberei Sehfeldt, Johannisstr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Mutterstadt	W	bedeutet	wochentags,	S	Sonntags,	D	bedeutet	D-Zug.	Mutterstadt
Lübeck	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	1-3	2-4
Hamburg	Abfahrt 800 W	748	1000	1188	100	358	490	722	812 D
Hamburg-Lübeck	Abfahrt 530	705	877 D	1070	1220	350	488 W	588	722
Lübeck	Abfahrt 710	851	925	1201	188	510	611	721	922
Lübeck	ab 800	180	420 D	580	922	Lübeck	Berlin	ab 1151	—
Büchen	an 812	247	—	622	1022	Büchen	an 812	1148	—
Berlin	an 140	824	912	—	522	Büchen	an 748	100	100
Lübeck	ab 780	980 D	1210	518	912	Lübeck	ab 552	922	217
Kleinen	an 915	1025	202	722	1021	Kleinen	ab 725	1114	404
Lübeck	ab 805	1090	210	742	Lübeck	ab 512	800	1088	418
Segeberg	an 1092	1188	380	922	Segeberg	ab 710	988	1200	611
Lübeck	ab 717	1224	142 D	187	622	Lübeck	ab 600	822	240
Eutin	an 814	115	225	322	722	Eutin	ab 720	922	344
Kiel	an 958	311	399	—	912	Kiel	ab 720	922	344
Lübeck	ab 522	815	204	622	Lübeck	ab 827	1000	—	400
Travemünde	an 695	900	244	722	Travemünde	an 695	1016	1148	418
Mendorf	an 687	898	309	—	Mendorf	an 727	1100	1204	500

Die führende Firma der Branche: Fäberei Sehfeldt, Johannisstr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Mutterstadt	W	bedeutet	wochentags,	S	Sonntags,	D	bedeutet	D-Zug.	Mutterstadt
Lübeck	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	1-3	2-4
Hamburg	Abfahrt 800 W	748	1000	1188	100	358	490	722	812 D
Hamburg-Lübeck	Abfahrt 530	705	877 D	1070	1220	350	488 W	588	722
Lübeck	Abfahrt 710	851	925	1201	188	510	611	721	922
Lübeck	ab 800	180	420 D	580	922	Lübeck	Berlin	ab 1151	—
Büchen	an 812	247	—	622	1022	Büchen	an 812	1148	—
Berlin	an 140	824	912	—	522	Büchen	an 748	100	100
Lübeck	ab 780	980 D	1210	518	912	Lübeck	ab 552	922	217
Kleinen	an 915	1025	202	722	1021	Kleinen	ab 725	1114	404
Lübeck	ab 805	1090	210	742	Lübeck	ab 512	800	1088	418
Segeberg	an 1092	1188	380	922	Segeberg	ab 710	988	1200	611
Lübeck	ab 717	1224	142 D	187	622	Lübeck	ab 600	822	240
Eutin	an 814	115	225	322	722	Eutin	ab 720	922	344
Kiel	an 958	311	399	—	912	Kiel	ab 720	922	344
Lübeck	ab 522	815	204	622	Lübeck	ab 827	1000	—	400
Travemünde	an 695	900	244	722	Travemünde	an 695	1016	1148	418
Mendorf	an 687	898	309	—	Mendorf	an 727	1100	1204	500

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, Königsstr. 92. Silberne u. versilberte Befeste — Trarcinge — Reparaturen. Moderne Schmuckstücken.

Possehl's Kohlenhandel

Abteilung Beckergroße, Fernspr. Nr. 8330-8333. Abteilung Mühlentstraße 62, Fernspr. Nr. 8720-8723.

Koks • Kohlen • Briketts

Alleinvertreib des Lübecker Gaskoks.

Abolf Köhlich, Zigaretten, Zigaretten, Tabak, L. 274. Hollstenstr. 2, C. Schäffeldt.

J. van de Berg, Zigaretten-Spezialhaus, Fleischhauerstr. 88.

Zigaretten-Kiede, Königsstr. 64, Ede Hüßstr.

H. Rughase, Untertrave 82. Zigaretten, Zigaretten, Tabake.

H. Vid, Untertrave 70. Zigaretten u. Tabakwaren.

W. Campe, Mühlentstr. 8. Zigarettenhaus.

J. C. H. Schröder, Inh. Joh. Brielmayer, Königsstr. 43, Tab., Zigaretten, Zigaretten.

Uhren und Optik.

Ludwig Zander, Martesgrube 3. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

C. Bland, Königsstraße 78. Erstklassiges Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Silberwaren. Telephon 1341. Silbervaren. Telephon 1341. Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Anfertigung sämtlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hüßstraße 25. Gold- und Silberwaren, Trarcinge. Eigene Werkstatt.

Willi Westfeling, Hollstenstr. 32. Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt.

Mag Ehrichsen • Uhren, Goldwaren Reparaturen billig. — Fischenstraße 56.

Herrenkleid von 140.— Mit, an

Damenkleid 140.— . . .

Damen-Spangenschuhe 68.— . . .

Damen-Schuhschuhe 65.— . . .

Damenkleid (Hochschaff) 210.— . . .

Herrenkleid (Braun) 300.— . . .

Große Auswahl in Kinderhüten.

Vorhristomäßige Turnschuhe.

Engen Meinen .. 5 Altingenberg 5

Zigaretten, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigaretten, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fieschhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischenstraße 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigaretten.

Bremer Zigaretten-Fabriken C. Freje Begründet 1860 • Bremen • Begründet 1860

Filiale Lübeck, Hollstenstr. 13/15, Fernspr. 8937 Vorteilhafte Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigaretten.

Kaufm Dreessen's Tabak u. Zigaretten Hollstenstraße 6

Heinrich Möller, Hollstenstr. 42. Untertrave 114-115. Begründet 1867. Fernruf 8426. Zigaretten, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

F. Kloecken, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telephon 1193. Königsstraße 65/67.

Georg Lopp, Martesgrube 24, Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

Carl Follers, Martesgrube 25, Möbelhandlung. Vorteilhafte Einkaufsquelle ganzer Wohnungsanrichtungen sowie Einzeilmöbel.

M. Arnate Wp Blumenblinderi, Biedergrube 8.

Wilh. Oldenburg, Rorbw. u. Rorbj. Hüßstr. 60

Blumengeschäft Sager Inh.: J. Wap, Königsstraße 80. Tel. 1208. Blumen- und Kranspenden. Spezialität: Draufstränge.

Rudolf Gaspary, Hollstenstraße 20. Blumen und Pflanzen, Anrede in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling Kohlenabteilung, Mühlentstraße 48. Anthrazitkohlen • Briketts • Holz • Torf •

Miebuhr & Binge, Biedergrube 48. Fernspr. 2917. Elektromotoren u. Apparatebau, Untertrave 114-115. Fabrikation elektrischer Materialien. Sündiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Feddersen & Wulff, Königsstr. 62. Herrenschneider-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hüßstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. — Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannisstraße 21. Fernruf 889. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königsstraße 66. Justus Vogl, Oelfarben.

Martin Jürgens, Hüßstraße 78. Solinger Stahlwaren u. eig. Schieß. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schießen.

C. F. Alm, Hollstenstr. 12, Draunstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft Ritz, Fernr. 3383, Ob. Wahnstr. 1

Ludwig Schlüter, Cugusführer, Hochjells- und Trauerwaren. Telephon 72. Biedergrube 24.

J. Nowacki, Fischenstraße 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlentstr. 42. Telephon 2988. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut Heinr. Krufe, Mechaniker, Fischenstraße 33. Solide Preise.

Fr. Grünschow, Johannisstraße 63. Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Tage und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hark, Johannisstraße 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Untertrave.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempner und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Johs. Hecht, Fischenstr. 64, Königsstraße, Haus Löwen-Apothek.

Lapejer-Cleer- u. Rohloff-Gesellschaft e. G. m. b. H. Schließbuden 4. Fernsprecher 8281. Rohstoffe, Tapeten, Möbelsstoffe, Gardinen.

Schuhmacher-Rohloff-Verein G. m. b. H. Johannisstr. 31. Oberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitgliedern.

Löwen-Apothek und homöopathische Zentral-Apothek, Johannisstr. 13. Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Mag Pauls, Inhaber: Erich Schaner, Königsstraße 45. Haus- und Küchengeräte.

E. Harms & Co., Inh.: A. Echoldt, Königsstr. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Tapeten, Säulertische, Wachsdruck Carl Deute, Königsstraße 45b.

Albert Ziehe, Hutumpresse-Anstalt, Fleischhauerstr. 60.

Wilh. Cwert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ede Sandstraße. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Abolf Hüner, Uhrmacher, Fünfhäusen 13

Janob Kömer, Uhrmacher, Schließbuden 11.

Antiten: D. West, Breite Straße 38 und Hüßstraße 41.

Ab. Matern, Uhrmacher, Biedergrube 26.

Möbel.

Gustav Reinboth Papierhandlung, Hans Sad Nachf. Lübeck, Königsstraße 36. Kontormöbel.

Mia Schwarz, Kleider elegant, Damenmod. Königsstr. 66a ll. 9-1, 3-6 U.

Gewerbebeschule.

Lehrlinge der Wäschschneiderei betr.

Nach der kürzlich erfolgten Bekanntmachung der Gewerbebeschule sind die Vorschriften zur Regelung der weiblichen Handwerker nunmehr auch auf die Wäschschneiderei ausgedehnt worden. Dies hat zur Folge, daß von jetzt an sämtliche Lehrlinge der Wäschschneiderei zum Gewerbebeschulbesuch verpflichtet sind. Die Anmeldung dieser Lehrlinge hat bis spätestens zum 3. April zu erfolgen, widrigenfalls die gesetzlichen Strafen zur Anwendung kommen.

St. Bed., den 12. März 1921.

(18095)

Der Direktor der Gewerbebeschule.

Prof. Mehger.

Maurerlehrling

gesucht (18114)

Schnoor & Arndt

Baugeschäft, Molsl. Allee 61

Leerer Raum

für Werkstatt

15117) gesucht.

Angeb. u. H M an die Exp.

Wrop. Viehkanne, gr. Vogel-

bauer (Kerbschnitzerei) a. d.

15100) Trabelmannstr. 25, II. l.

Neue D. Stiefel, 87. bill. a. v.

15085) Kottwitzstr. 28. vt.

Schwarz. Herrenhut a. vert.

15088) Kottwitzstr. 82, II.

Bl. et. Sparherd bill. a. vert.

15094) Adlerstr. 34, III. l.

Graue Milchtarboje gesucht.

15097) Engelsmisch 37, I.

Hell. Beddigr.-Kinderw. a. v.

15098) Kerkringstr. 82, I.

Wachseffel a. d. (40 Mt.).

15078) Pichse Querstr. 9/5.

Starke Kummobe a. vert.

15107) Karpfenstr. 30.

Joh. Möller's bill. Fleischquelle Huxstr. 83

frisch Gehacktes Pfd. 10 M

Gulasch-Klops Pfd. 7 M

frisch Rindfleisch Pfd. 7 M

Rohfleisch Pfd. 7 M

Scheibenbeefsteak - Kalbsbraten - Schweinebraten

Kaufe Kinder, Schweine, Kälber, Ziegen. Tel. 8544 (15105)

Pub! Hurra! Johann Möller ist wieder da!

Die neuesten Modelle sind eingetroffen!

Görike

leichtlaufend und sehr zuverlässig.

Th. Vedder, Fahrradhandlg.

Schwartauer Allee 37. (15120)

Ludw. Hartwig

die vor-

teilhafteste Bezugsquelle

an der Obertrave

empfiehlt:

f. Rindertalg 2 M. 9.-

15115) bei 3 M. 8.90

Bestes Schweinefett

2 M. 12.50

Saferflocken bei 10 2.95

Safergerüche 3.-

Buchweizen-Grüße 3.90

Kartoffelmehl 3.90

Weiß. Kuchenmehl bei 3 4.50

4.45

Echt Sago 3.40

Raisgrieß, gelb 1.90

Weiß. Grieß 3.25

Rang. Bruchreis 2.50

Rang. Vollreis 2.95

f. Reismehl 2.60

Weiß. Langbohnen 2.40

Konferven:

Brechpargel mit Koffein 2 M. 9.50

Brechbohnen 2 M. 6.25

Stangen-Schnittbohnen 2 M. 7.25

Bachbohnen 2 M. 7.25

Apfelsin mit Zucker 2 M. 6.-

Selleriebohnen 2 M. 0.50

Islander Nieren-Zettlinge 2 M. 1.25

gar. rein. Kaffee a. M. 17.-

f. ind. Tee 1/4 M. 7.-

Hartwigs gebr. Kaffee

ist im Verhältnis a. Preise

der Beste.

Pfd. 19.50, 22.-

25.-, 28.-

Empfehle:

Dr. Schweinebraten 2 M. 15 M.

Kalbsteak 2 M. 7.-

Keule u. Rind 2 M. 8.-

Dr. fett. Ochsenfleisch 2 M. 13.-

f. Aufschnitt 2 M. 20.-

Fr. Fockenbrock,

Stöckengießerstr. 66.

Telefon 3665. (15119)

1 Waschanz. f. 8-8j. Kn. j. v.

15098) Erbelmannstr. 49 vt.

Kartoffelschale a. v. Pfd.

5 Pfg. (16077) Königsstr. 112.

Rupt. 1 P. R. Herrenst. 41 u. 1

3. Damenst. 39. Stittenstr. 1.

(15074)

Kinderstiefel wieder vort.

15109) Balauerföhr 36.

M. einer werten Kundschaf

zur Konfirmation die

besten Glückwünsche!

L. Hering und Frau

Lübeck, Brolingstr. 46. (15091)

Allen Freunden und Be-

kannten herzlichsten Glück-

wunsch zur Konfirmation.

K. Schulz, Schuhmacher

Ecke Bülowstr. (15108)

Für erwiesene Aufmerksam-

keiten zur Konfirmation

danken herzlich (15110)

F. Blöß und Frau

nebst Tochter Minna.

Bad Schwartau.

Empfehle: (15090)

Reiniges Rindfleisch

Pfd. 8.- Mt.

Gulasch, Gehacktes

Pfd. 12.- Mt.

Schweinefleisch

von 14.- Mt. an.

Kalbsteak Pfd. 7.- Mt.

Hans Gerds,

Elsmigstraße 1 a.

Der

Betriebsobmann

im Kleinbetriebe.

Von Rudolf Weck.

Preis Mk. 2.50.

Friedr. Meyer & Co.,

Landmettwurst und Speck.

Landbier, 2 u. 14 M.

Sandbrot Gr.-Gronau u.

R. - Mündorf.

Fettheringe gefalt. 5 L. 1.00

saure 1.20

Schweinefleisch u. F. Marger.

Kaffee f. geröst. 2 u. 20 M.

W. Metz, Rosenstr. 12

(15102)

Billig! Billig!

Kein Gefrierfleisch!

Junges hiefiges Suppen-

fleisch von 7 Mt. an.

Bratenstücke von 8 Mt. an.

Junges fettes

Suppenfleisch 13 Mt.,

Bratenstücke 14 Mt.,

Kalbsteak von 6 Mt. an.

Das u. Gulasch 12 Mt.

sowie sämtliche Verzehrorten

zu den billigsten Tages-

preisen empfiehlt

G. Henning,

Drögestr. 18.

Telefon 1203.

(15070)

Empfehle für Palmsonnt-

und Ostra: (15078)

Dahjen, Schweine-

u. Kalbfleisch

sowie sämtl. Verzehrorten

zu den billigsten Tagespreisen

empfehlen

Otto Kohnig, Lübeck

Waldstr. 1521.

Jam.-Rum-Verschnitt Ia.

fl. Mt. 38.-, 40.- Mt.

Kognak-Verschnitt Ia.

fl. Mt. 36.-, 38.-, 40.-

Rot-, Mosel- u. Rheinweine

Doppel-Kümmel u. Aquavit

fl. Mt. 80.-, 82.-

Portwein, Sherry,

Madeira und Liköre

zu Originalpreisen.

Grundmann, Schüsselbuden

32. (18082)

Sonnabend

billige Seefische!

Kabeljau, Ahtingisch,

Seelachs, Scholle und

Düsseldorfer (15112)

Johannes Boy,

46 Markthallenstand 47.

Telefon 8875.

Wer erfindet?

Die Industrie s. Eifind.

Anreg. z. Erfind. i. uns.

Brosch. m. Gutsch. 8. 20 M.

umsonst. 15070

Industrie- und Handelsgesellschaft

Leipzig 289, Wiedmühlstr. 1/5.

Alter pikanter Tilsiter Pfd. 6.50

n. Corned-Beef Pfd. 8.40

Rostocker Butterhandlung,

Peterstraße 9. (15101)

Bei Schub-Buchholz

Schwartauer Allee 4

Gr. Burgstr. 36

finden Sie gute und preiswerte

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefel.

Bitte meine Fensterpreise zu beachten.

Schuhbefohlung und Reparatur

sofort, sauber, billig. 15086

Prima Gb- u. Pflanzkartoffeln

Ia. gelbblühende Magnum bonum

Zentner Mt. 60.-

Wolchmann-Kartoffeln

Zentner Mt. 56.-. (15118)

Wiederverkäufer bedeutend ermäßigte Preise.

Wilhelm Süfke

Schwartauer Allee 46 a.

Telefon 8822.

Karl Lahrz, Böttcherstr. 16

Jg. Rindfleisch 6.50 Kalbfleisch 7.-

Jg. Bratenstücke 7.50 Ger. f. u. mag. Speck 12.50

Beest, Rohfleisch 13.- b. Abn. von 3 Pfd. 15.-

nett. Schweinefl. 15.- Ausgebrat. Zalg 11.-

Wa. Cornedbeef 9.- Frische Knochen 1.50

Frühes Gehacktes Pfd. 10.-

Lübecker Weinhaus

• Otto Voigt.

Fleischhauerstr. 14

Tarragona

Insel-Samos

Sherry

Madeira

Malaga

Portwein

Tokayer Ausbruch

Bordeaux-Weine

Burgunder Weine

Moselweine (15067)

Rheinweine

Weinbrand

Weinbrand-Versch.

Jamaika-Rum-

Batavia-Arrac

Doppel-Kümmel

Liköre / Punsche

— Apfelwein —

DER GUTE NAME

eines reellen Geschäfts prägt sich dem Leser am besten dann ein, wenn fortlaufend im Lübecker Volksboten inseriert wird. Diese Inserate haben

durchschlagenden Erfolg!

Sozialdemokratischer Verein, Lübeck.

Montag, den 21. März, abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

1. London und die Sozialdemokratie. Redner: Ministerpräsident Gen. J. Stelling.
2. Aussprache.
3. Die jungsozialistische Bewegung. Redner: Gen. Geisler.
4. Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

15075)

Der Vorstand.

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Koloosseum Ball

Palmsonntag:

Anfang 4 Uhr

Heinrich Ohde.

15068)

Stadthallen-Lichtspiele

Vom 18.-24. März 1921:

2 grosse Schlager

„Herztrumpf“

Spielplan in 5 Akten. Nach einer Novelle von Felix Salten mit

Hans Mierendorf.

„Dieb und Weib“

Dramatisches Schauspiel in 5 Akten. Nach Motiven „